

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Drag II., Reftánska 18. • Telefon: 20705, 31460. • (Nachdruck): 26707 • DeMeldamt: 57544

11. Jahrgang.

Dienstag, 15. September 1931

Nr. 215.

Dr. Walther Pfrimer.



Der Mann, der Oesterreich in den Bürgerkrieg treiben wollte und vor dem ersten Schuß davonlief.

Wahl der nichtständigen Mitglieder des Völkerbundes.

Der Völkerbund will sparen.

Genf, 14. September. Die Völkerbunderversammlung hat heute nachmittags die Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder vorgenommen. Nachdem Guatemala dieser Tage die Niederlegung seines Ratsmandates zurückgenommen hatte, waren nur die drei turnusmäßig ausscheidenden Länder Spanien, Perien und Venezuela zu erledigen. Spanien, das vor drei Jahren für wiederwählbar erklärt worden war, erhielt heute 43 von 48 abgegebenen Stimmen. Ferner wurden gewählt China mit sämtlichen 48 und Panama mit 45 Stimmen.

Die zersplitterten Stimmen entfielen auf Ungarn, Mexiko und Portugal (je zwei) und Belgien und Bulgarien (je eine Stimme.)

Die Völkerbunderversammlung hat außerdem auf Grund eines Antrages ihrer Budgetkommission beschlossen, das Arbeitsprogramm des Völkerbundes für das nächste Jahr zur Erzielung von Ersparnissen zu prüfen und gegebenenfalls auf das unumgänglich Notwendige einzuschränken. An die einzelnen Ausschüsse wurde der Beschluß weitergeleitet, sich aller Beschlüsse zu enthalten, die neue Ausgaben nach sich ziehen.

Sozialdemokratische Massenkundgebung im Sportpalast.

Kommunistische Tumulte.

Berlin, 14. September. Aus Berlin wird uns telephoniert: Die Kommunisten hatten die Sozialdemokraten aufgefordert, öffentlich mit ihnen zu diskutieren. Schon in der vorigen Woche sollte eine solche Versammlung stattfinden. Die Sozialdemokraten hatten aber die Beteiligung daran abgelehnt, da die Kommunisten Eintrittsgeld, selbst von Arbeitslosen, verlangten und damit ihre Massen füllen wollten.

Für heute hat die sozialdemokratische Partei in den Sportpalast, den größten Saal Berlins, eine öffentliche Versammlung einberufen, zu welcher die Kommunisten einen Diskussionsredner stellen wollten. Schon vom frühen Nachmittag zogen die Berliner Arbeiter in dichten Scharen zum Sportpalast. Lange vor Beginn der Versammlung war der Saal bereits überfüllt, daß er von der Polizei gesperrt werden mußte. Trotzdem versuchten noch Gruppen von Kommunisten in den Saal einzudringen. Den Anordnungen der Polizei wurde keine Folge geleistet, und als diese versuchte, die Menge in die Seitengassen abzuwandeln, kam es zu großen Tumulten. Schließlich entstand in dem Gedränge eine Panik, wobei eine Anzahl von Personen verletzt wurde. So wurden 5 schwer und 25 leicht Verletzte gemeldet. Die Straße vor dem Sportpalast mußte geräumt werden.

In der Versammlung, in welcher die Sozialdemokraten weitans die Mehrheit haben, sprach Gen. Abg. Künstler, dessen Referat mit stürmischen Beifall aufgenommen wurde.

Es ist noch ungewiß, ob die Versammlung, die noch andauert, zu einem friedlichen Abschluß gebracht werden wird.

Das Ende des österreichischen Fascismus:

Ein mißglückter Putsch der Heimwehrbanditen

In der Nacht auf Sonntag haben die oberösterreichischen Heimwehren einen Putschversuch unternommen. Sie besetzten wichtige Städte, hielten Bahnhöfe, Bezirkshauptmannschaften und staatliche Ämter militärisch okkupiert, nahmen sozialdemokratische Funktionäre in Haft und proklamierten die Übernahme der Staatsgewalt durch den Heimwehrführer Dr. Pfrimer. Die Abwehrmaßnahmen kamen infolge der zögernden und anscheinend nicht einwandfreien Haltung des christlichsozialen Landeshauptmanns von Steiermark, Dr. Kitzler, nur langsam in Fluß. Sonntag vormittag wurde aber der Schutzbund mobilisiert und in Bereitschaft genommen. Die Sozialdemokraten forderten von der Regierung energische und schnelle Abwehr. Daraufhin setzte die Bundesregierung Militär und Gendarmerie gegen die Zentren des Putsches in Bewegung. Fast überall räumte Heimwehr die besetzten Punkte ohne Widerstand. In Kapfenberg kam es zu einer Schießerei, die Todesopfer forderte. In den Abendstunden war das Schicksal des Putsches besiegelt. Im Laufe des Montag versicherte sich die legale Macht überall der entscheidenden Punkte und Personen. Es scheint, daß Pfrimer zu früh losgeschlagen hat und daß auch in anderen Ländern Putschgepläne waren. Ueber das Spiel hinter den Kulissen wird man erst im weiteren Verlauf der Untersuchungen aufgeklärt werden.

Wien, 13. September. Heute früh um 2 Uhr besetzten bewaffnete Heimwehrabteilungen mit Maschinengewehren die Bezirkshauptmannschaft und andere Staatsämter sowie die Gemeindeämter in Brud a. M., in Kapfenberg, Judenburg, Zellweg, Schlading und anderen Orten in Obersteiermark, ebenso in einigen kleineren Ortschaften in Oberösterreich und in Salzburg. Die Abteilungen vertrieben die Beamten und erklärten, daß sie nun die Macht im Staate übernehmen. In Judenburg versammelten sich die Heimwehrleute bei ihrem bekannten Führer Dr. Pfrimer und gaben eine Proklamation heraus, in der sie mitteilten, daß sie die Macht im Staate übernehmen und alle ihre Mannschaften unter die Waffen rufen, daß sie ferner die Staatsbeamten ihres Landes für die Republik entbinden und das Kommando des Bundesheeres, der Gendarmerie und der Polizei übernehmen, die geltende Verfassung, besonders der Stadt und des Landes Wien ausüben, die Geschworenengerichte beseitigen und Dr. Pfrimer zum „Staatsführer“ erklären.

Von dem Heimwehrputsch wurden folgende Städte Obersteiermarks betroffen: Judenburg, wo der ganze Generalstab der steirischen Heimwehren mit Dr. Pfrimer versammelt war, weiter Brud a. M., Kapfenberg, Zellweg, Schlading, Knittelfeld und Köflach. Von hier debütierte sich der Putsch auf einige Gemeinden Obersteiermarks, dann auf vereinzelte Gemeinden Oberösterreichs, namentlich auf Kirchdorf, weiter auf das Salzammergut, hauptsächlich Kusse und Umgebung, auf St. Johann im Pongau und Falkenstein aus. In Kirchdorf wurde der Bezirkshauptmann, in Falkenstein der Bürgermeister von den Heimwehren verhaftet, doch wurden beide bald von Gendarmen befreit.

Die Heimwehren besetzten auch einige Bahnhöfe, wichtige Straßenkreuzungen und einige Brücken über die Mur und die Mürz und postierten dort überall Maschinengewehre.

Blutige Zusammenstöße.

In zwei Orten, in Hönigsberg bei Mürzschlag und in Kapfenberg, kam es zu Schießereien. In Hönigsberg machte die Heimwehr den Versuch, den Ort zu besetzen, wurde aber von den Arbeitern verjagt. Auf dem Rückzug schoß sie aus Maschinengewehren. Sie wurden von den Arbeitern verfolgt, wobei diese ihnen vier Maschinengewehre und eine Anzahl Gewehre abnehmen konnten. Verletzt wurde niemand. Vier Heimatschützen, die von einem Dach aus mit einem Maschinengewehr feuerten, wobei aber niemand verletzt wurde, sind verhaftet worden.

Kerger ging es in Kapfenberg aus. Dort versuchte die Heimwehr, das Arbeiterheim zu kürmen, wobei sie das Arbeiterheim aus Maschinengewehren beschoß. Dabei wurde ein Arbeiter getötet und drei lebensgefährlich verletzt; außerdem wurden ein Arbeiter und ein Heimwehrmann leicht verletzt.

In Wien.

Wien wurde in den frühen Morgenstunden durch den republikanischen Schutzbund alarmiert. Der Semmering wurde in den Morgenstunden von Angehörigen des republikanischen Schutzbundes besetzt, um ein eventuelles Vordringen der steirischen Heimwehren nach Niederösterreich oder

der niederösterreichischen Heimwehren nach Steiermark zu verhindern.

Eine Extraausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichte unter dem Titel „Heimwehrputsch“ einen sozialdemokratischen Aufruf des Parteivorstandes, in dem es heißt:

Gewissenlose Abenteurer haben in der Zeit der schweren Wirtschaftskrise und wichtiger Arbeitsverhandlungen einen Falthausstreich gegen die Republik und die Demokratie gewagt. Der irrsinnige Putsch wird in wenigen Stunden zusammenbrechen. Die Arbeiterschaft und ihre Schutzbünde sind in Bereitschaft. Sie werden, wenn es notwendig ist, die Republik und die Demokratie zu schützen wissen. Zunächst hat aber die Staatsgewalt gegen die frechen Geheißbrecher einzuschreiten. In das Justizhaus mit den Putschisten, wozu sie schon lange gehören! Arbeiter! Eiserne Disziplin, tüchtige Ruhe sind in dieser Stunde das Wichtigste. Keine selbständigen Aktionen. Halte Euch bereit, wenn die Sozialdemokratie Euch ruft!

Die Wiener Polizei wurde um halb 3 Uhr früh alarmiert und besetzte sämtliche Bundesgebäude. Ebenso wurden die Stadtgrenzen von Polizeiabteilungen besetzt.

Ultimatum der Sozialdemokraten.

Im Laufe des Vormittags erschienen die sozialdemokratischen Abgeordneten Bürgermeister Seih, Bauer und Danneberg beim Bundeskanzler Buresch und überreichten ihm im Namen der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften eine ultimative Forderung, worin sie u. a. verlangten:

Sofortige Niederwerfung des Putschversuches, Verhaftung der Rädelsführer und Gewährleistung der Sicherheit durch die Regierung, weiter, daß zwei von den Heimwehren besetzte Eisenbahnstationen in Steiermark sofort freigegeben werden, widrigenfalls die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei zur Selbsthilfe schreiten müßten. Bundeskanzler Dr. Buresch erklärte, daß es im Laufe des heutigen Tages zweifellos gelingen werde, den Putsch niederzuschlagen. Die Regierung habe alle Machtmittel des Staates aufgeboden.

In den ersten Vormittagsstunden fand unter Führung des Bundeskanzlers im Bundeskanzleramt ein Ministerrot statt, in dem vor allem festgestellt wurde, daß die Organe der öffentlichen Verwaltung, des Sicherheitsdienstes, des Bundesheeres und der Bundesbahnen ihren Verpflichtungen in jeder Richtung nachgekommen sind. Es wurde beschlossen, alle Machtmittel des Staates einzusetzen, um die Ruhe und Ordnung in kürzester Zeit noch im Laufe des Tages wiederherzustellen und gegen die Urheber der Bewegung in schärfster Weise nach den bestehenden Gesetzen vorzugehen.

Daraufhin wurde das Bundesheer in den ersten Vormittagsstunden in verstärkte Bereitschaft versetzt. Ueber Weisung des Bundesministers für Heereswesen Vaugoin wurden Truppenkontingente aus Wien, Graz und Klagenfurt nach Obersteiermark beordert.

In einem Manifest der Bundesregierung wurde es als ein Trost in dieser Schicksalsstunde erklärt, daß die Machtmittel in der Hand der Republikanten nach Obersteiermark beordert.

Was Sonntag in Obersteiermark geschehen ist, wird auch den Betrachter österreichischer Dinge in Staunen versetzen, der die Natur des Heimwehrfascismus alleseits für so dümmlich wie verbrecherisch gehalten und ihnen daher den gewissenlosesten Hochverrat an ihrem Lande nicht minder als die tölpelhafteste Durchführung ihres Vorhabens zugestanden hat. Noch ist es zu früh, um ein abschließendes Urteil über die Beweggründe der Starkeberg und Pfrimer, vor allem aber ihrer dunklen Hintermänner, der Kitzler und Seipel, der Ahold und Piffel fällen zu können. Man kann zur Stunde nicht mehr als das Faktum besprechen, daß der seit Jahr und Tag ausgehobte und zu kläglichen Absterben verurteilte österreichische Fascismus den Putsch, den er dutzendemale angekündigt, jahrelang vorbereitet und im entscheidenden Augenblick noch jedesmal abgeblasen hatte, nunmehr, in einem Augenblick, da er völlig aussichtslos scheinen mußte, unternommen hat und daß dieser Putsch wie vorausgesehen in jämmerlichster Weise, leider nicht ohne Opfer an Menschenleben, zusammengebrochen ist.

Vor zwei Jahren begann die Heimwehr von den bloßen Drohungen und den individuellen Terrorakten zu großen Aktionen überzugehen. Sie veranfaßte am 18. August 1929 in Sankt Lorenzen den Ueberfall auf sozialdemokratische Arbeiter, der das Signal zum latenten Bürgerkrieg wurde. Nachdem die Heimwehren das Kabinett Strecker zu Sturz gestürzt hatten, wurde Schöber zum Kanzler ernannt, den zunächst gleichzeitigen das demokratische Ausland wie die Heimwehren als ihren „Treuhand“ ansahen. Schöber patierte, wie man heute aus den Enthüllungen seines ehemaligen Freundes und Gönners, des berühmten und selbst beleumdeten Zeitungsmannes Lippowitz, mit genügender Bestimmtheit weiß, mit den Heimwehrführern, ließ den Major Pappi in seinen Bureau in der Polizeidirektion amieren und entwickelte den Fascisten den Plan einer Verlegung des Parlaments nach Kremsmünster, wo es unter den Tausend der Heimwehren gestellt werden und eine neue „Verfassung“ beschließen sollte, während in Wien gleichzeitig ein Staatskommissar an Stelle des sozialdemokratischen Bürgermeisters fungieren würde. Die Heimwehren verließen sich auf Schöber, der sie wie vordem und nachher alle keine Verhandlungspartner in tieferer Schlichtheit und Fabelschlaube über die Vöffel haute und an das kreditgebende Ausland verriet. Vor allem unter dem Einfluß der englischen Diplomatie bequimte er sich zu einem harnulosesten Programm, führte die antiparlamentarische Heimwehr auf das Eis der parlamentarischen Verfassungsrevision und während noch die Pfrimer, Seidle und Starhemberg den Marsch auf Wien vorbereiteten, spielte sich im Parlament das Hornberger Schießen um die Verfassung ab, als dessen einziges positives Ergebnis die berühmte Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk übrigblieb, die gegenwärtig oder doch bis zum steirischen Putsch die größte innenpolitische Verlegenheit Oesterreichs darstellte.

Es dauerte einige Zeit, bis die Heimwehren den Verrat ihres Treuhänders Schöber kapiert hatten. Dann setzten sie alles zu seinem Sturz in Bewegung und da auch Seipel die Zeit für gekommen hielt, Schöber zu erledigen, ließ er vor nun einem Jahr — der September ist anscheinend der Schicksalsmonat der österreichischen Regierungen — das Kabinett Schöber fallen und durch das Kabinett Vaugoin ersetzen, in dem die Heimwehren mit den Herren Starhemberg und Hueber vertreten waren. Diese verfassungswidrige Putschistenregierung, deren Junc-

(Fortsetzung auf Seite 2.)

minister, eben jener Starhemberg, sich an Bübereien nicht genügen konnte und mit Staatsreich, Standgericht und seinem privaten Jägerkorps drohte, brachte zwar Oesterreich um den Rest politischen und finanziellen Credits, den es nach zehn Jahren bürgerlicher Regierung im Ausland noch besaß, aber sie brachte immerhin auch einen Teil der Oesterreicher zur Besinnung. Die Wahlen endeten, ohne daß die Heimwehren es wagten, den angekündigten Putsch durchzuführen, mit einer Niederlage des Kabinetts Baugoin-Starhemberg. Die große „Bolschewegung“ der Heimwehren erhielt nur in einem Wahlkreis ein Mandat im ersten Wahlgang und konnte mit acht Mann gerade ein Zwanzigstel der Parlamentsfraktion belegen. Auch dieser Gewinn ging auf Kosten der verbündeten Christlichsozialen, so daß nun die Sozialdemokraten die stärkste Partei im Nationalrat waren. Im Parlament zeigte sich die erschreckende Geisteslosigkeit des österreichischen Faschismus in hellem Lichte. Nach wenigen Monaten schien die Heimwehr völlig zerfallen und aktionsunfähig — ein Bild, das sich im übrigen ja auch nach dem Putsch ergibt. Aber wir haben schon im Winter und beim Sturz des Kabinetts Ender neuerlich darauf hingewiesen, daß Oesterreich nur durch einen gründlichen Systemwechsel geholfen werden könnte. Weder Ender noch Buresch gingen energisch gegen die Heimwehren vor, keines der bürgerlichen Kabinette unternahm etwas, um der Wirtschaftskrise zu steuern, die Staatsfinanzen sicherzustellen. Der Anbruch der Notstandsperiode Kreditanstalt offenbarte den Bankrott Oesterreichs, der sich politisch in der Genfer Niederlage auswirkte. Noch immer aber glaubte man, mit Nullitäten wie Schöber und Buresch, mit dem Putschisten Baugoin und mit der Regenregierung Piffel-Seipel weiterwirken zu können. Während in Genf der Rest der österreichischen Souveränität für eine Anleihe verpfändet wird, folgten sich daheim die Klagen und Parteien des Bürgertums um die Kandidatur zu der überflüssigen Präsidentschaftswahl.

Sei es nun, daß die Heimwehren die wirtschaftliche Notlage Oesterreichs und die Bonitätsstimmung, die aus der Angst vor Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsabbau entstanden ist, sei es daß sie den Sander der Bürgerlichen um die wichtige Frage, ob Nillos, Buresch oder sonst eine Puppe Seipels Präsident werden sollte, zu einer Ueberumpelung der Regierung anzufragen wollten, sei es auch, daß sie einen Sieg Kenners bei der Präsidentschaftswahl und damit die endgültige Besiegung ihrer Niederlage fürchteten, sie schlugen jedenfalls los und lösten endlich das Wort ein, das sie seit Jahren in den Mäulern führen. Die Regierung, deren Eifer schon durch die Angst um die Genfer Anleihe beflügelt war, hat sich unter dem Druck der Sozialdemokratie zu Ab-

wehrmaßnahmen entschlossen, denen der Putsch innerhalb weniger Stunden erlag. Die Soldner des Kapitals und der Aristokraten, geführt von alten österreichischen Schlachtenhelden und Etappenhelden, räumten ihre Positionen fast ohne Widerstand. Es macht den Eindruck, als hätten die Heimwehren den Putsch der reinen Form halber ausgeführt und nur auf das Erscheinen der Gendarmen und die Mobilisation des Schutzbundes gewartet, um sich nach getaner Pflicht in ihre Wigwams zurückziehen zu können.

Daß die Heimwehr längst auf den Dudd, daß ihre Führer Hohlköpfe von Museumswert, ihre Anhänger feige Nierlinge sind, das hat der Putsch nur bestätigt. Leider zeigt er aber auch, daß nach wie vor Behörden und Landesregierungen mit ihnen liebäugeln. Der steirische Landeshauptmann Rintelen hat ohne Zweifel von dem Putsch gewußt und die Abwehr sabotiert; Bezirkshauptleute und Gen-

derungen und allen Situationen gewachsen sind. Mit Genugtuung wird festgestellt, daß dank der Pflichttreue aller staatlichen Organe und der Treue der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, welche den verbrecherischen Anschlag mit Enttäufung und Abscheu von sich wies und sich um die gesetzmäßige Regierung scharte, dieses Unternehmen auf einen Teil des Bundesgebietes beschränkt und auch dort ohne Erfolg blieb. Die Bundesregierung wird pflichtgemäß die Schuldtragenden mit der ganzen Strenge des Gesetzes zur Verantwortung ziehen.

Der Zusammenbruch.

Zu Obersteiermark wurde durch Truppenabteilungen rasch der Zusammenbruch der Aktion der Heimwehren herbeigeführt. Das Erscheinen der Truppen genügte überall, die gesetzliche Ordnung wieder herzustellen, ohne daß es dabei zu Zusammenstößen kam.

Gegen Mittag waren fast alle wichtigeren Städte wieder der Heimwehr entzogen. In den Händen der Heimwehr befanden sich nur mehr Leoben, Ragnenberg, Judenburg und Aussee. Sonst lag in den meisten Orten die Gendarmerie ohne Blutvergießen ein. Nur in einigen kleineren steirischen Gemeinden hielten die Heimwehren die Ämter noch besetzt, doch waren bereits mehrere Bataillone Infanterie aus Wien, Graz und Klagenfurt unterwegs.

In Kirchdorf (Obersteierreich) lehrte nach Eintreffen von Abteilungen der Linzer Garnison rasch wieder Ruhe ein. Eine Gruppe von Heimwehrgenossen versammelte sich in Kmetzen, wurde aber durch sofort bereit gehaltene Abteilungen des Bundesheeres abgetrieben, so daß sie keinerlei Bewegung vornehmen konnte.

Am 18 Uhr abends konnte der Heimwehrtputsch sozusagen als liquidiert angesehen werden. Brud a. W., Judenburg und die übrigen besetzten Orte waren bereits wieder in den Händen der lokalen Polizei, der Gendarmerie und des österreichischen Bundesheeres.

darmen haben sich da und dort an der Büberei beteiligt; die Waffen wurden den Heimwehren in vielen Orten zurückgegeben. Hier liegt die Schwäche des österreichischen Systems.

Der Putsch war, so blödsinnig er scheinen mag, ein Verbrechen, denn er muß die Anleiheverhandlungen Oesterreichs empfindlich stören. Er konnte aber trotzdem zum Ausgangspunkt einer besseren Aera werden, wenn man sich in Oesterreich nun endlich in zwölfter Stunde zu einem Systemwechsel entschloffe. Die „staatsfeindliche“ Sozialdemokratie hat am gleichen Tage, da der „staatsverhaltende“ Heimwehrafaschismus Oesterreich aufs schwerste gefährdete, ihr Programm der Krisenbekämpfung veröffentlicht. Es ist das Programm der Rettung, das sich vom Hintergrunde des Heimwehrtverbrechens umso rühmlicher abhebt. Wenn das österreichische Volk diesmal das Gebot des Tages versteht, wird es zu retten sein!

Der Heimwehrtputsch.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Die Beamten, die Bürgermeister und auch die lokalen Polizeibeamten, die früh von der Heimwehr ihrer Ämter entsetzt, vertrieben und teilweise auch in Haft genommen worden waren, wurden wieder in ihre Funktionen eingeführt. Die lokalen Kommandanten der Heimwehr-Organisationen wurden größtenteils verhaftet.

Reste der Heimwehren waren gegen 7 Uhr abends einerseits im Raume zwischen Leoben und Judenburg und andererseits zwischen Leoben und der Gemeinde Donawitz versammelt. Es handelte sich um zwei Gruppen der Heimwehr, von denen jede ungefähr 800 bis 1000 Mann zählt. Von Klagenfurt und Graz waren jedoch schon Bundesheerabteilungen unterwegs, um diese Heimwehrgruppen ebenfalls zu entwaffnen.

Abgeblasen!

In den Abendstunden erging dann von dem Führer des vertriebenen Putsches Dr. Priemer an die Heimwehrgenossen die Weisung, die Aktion einzustellen und nach Hause zu gehen. Auch die in der Nähe von Graz zusammengezogenen Heimwehrgenossen aus Weststeiermark traten den Heimweg an. Priemer hat seine Führerstelle im Heimwehrtputsch zurückgelegt. Ebenso hat Bundesabteiler Rauter seine Funktionen im Heimwehrtputsch niedergelegt.

Der Putsch soll gerüchtweise schon deshalb mißlungen sein, weil Dr. Priemer um 24 Stunden zu bald losgeschlagen hat, als vereinbart war, und weil Starhemberg in Linz mit den dortigen Heimwehrgenossen verhandelte, aber zu keinem positiven Resultat über die Teilnahme an dem Putsch kommen konnte.

Aufruf der Partei.

Wien, 14. September. Die sozialdemokratische Partei hat noch in der Nacht einen Aufruf an die Arbeiter erlassen, in dem im wesentlichen festgestellt wird, daß der Putschveruch zusammengebrochen ist und die Ab-

Starhemberg und Rauter verhaftet.

Wien, 14. September. Heute ist es gelungen, Starhemberg zu verhaften. Im Auftrage der oberösterreichischen Landesregierung wurde Genarmarier nach seinem Schloß in Eferding entsandt, die jedoch das Loch leer fand. Eine Durchsuchung nach Waffen war resultatlos, doch wurde ein Paket mit Evidenzen und Auszeichnungen gefunden, die für Starhemberg belastend sind. Das Paket wurde beschlagnahmt. Starhemberg hatte sich nach Weiskirchen in das Schloß seines Freundes, des ehemaligen Grafen Correll, begeben. Als die Gendarmerie auf Lastautos auch dorthin kam, wurde das Schloß umzingelt. Starhemberg sah, daß er nicht mehr entkommen könne. Er versuchte zunächst, freies Geleit zu bekommen, und wandte sich mit diesem Verlangen an die Landesregierung. In den Morgenstunden beriet die oberösterreichische Landesregierung darüber, trat aber die Sache dann der Ratkammer ab. Schließlich wurde Starhemberg um 9 Uhr vormittag verhaftet, mit ihm zugleich sein Gattgeber.

Montag früh wurde auch in seiner Grazer Wohnung der Stabsleiter Priemer, Rauter, festgenommen und dem Landesgericht eingeliefert. Priemer selbst ist bisher unauffindbar. Auch in zahlreichen Orten Steiermarks wurden Verhaftungen von mehr oder weniger hohen Führern der Heimwehr vorgenommen. In Kapfenberg wurden sieben Heimwehrlaute, die an der Schierei beteiligt waren, festgenommen und dem Gerichte in Leoben eingeliefert. In Linz wurden die als Heimwehrlaute bekannten pensionierten Generale Buchmayr und Englisch-Popparich in Haft genommen.

Der Heimwehrtführer war vorsichtig.

Starhemberg hatte bereits am Samstag dem Bezirkshauptmann von Eferding mitgeteilt, daß es wahrscheinlich in der Nacht auf Sonntag zu einer Heimwehrintiative kommen werde, der er selbst aber nicht zustimme. Die Behörden schließen daraus, daß Starhemberg von dem bevorstehenden Putsch Kenntnis besaß, jedoch den Erfolg desselben abwarten wollte, bevor er eine Entscheidung traf.

Die „Arbeiterzeitung“ beschuldigt den Fürsten Starhemberg weiters, versucht zu haben, den Kommandanten der Linzer Garnison des Bundesheeres, den Obersten Weiler, zu einer Beteiligung am Putsch zu bewegen, welches Aninnen dieser abgelehnt habe.

Die Heimwehr, ihre Diktatur im ganzen Staat aufzurichten, mißlang. Sie hat nicht eine einzige Bezirkshauptmannschaft in die Hand bekommen. Die Abwehr wurde viele Stunden lang vom steirischen Landeshauptmann Rintelen und Organen der steirischen Gendarmerie sabotiert. Erst als der ganze Schutzbund ansehbare wurde und zehntausende Schutzbündler in die Sammellafale strömten, und als die Vertreter der Sozialdemokratie erklärten, daß die organisierte Arbeiterkraft selbst den Putsch niederwerfen würde, hat sich die Regierung angesetzt und die gesetzlichen Nachmittel gegen die Hochverräter eingesetzt.

Dann wird verlangt, daß die Auflösung der Organisationen erfolgt, die die Verfassung der Republik unzulässig verletzten.

Verlag Schwager.

Von Vladimir Klow.

SPZ. Sie trafen sich im Gewähl der Straße — der Herr Direktor Alexander, ein gut gekleideter und gut genährter Mann, dem man auf den ersten Blick ansah, daß er im Leben das große Los gezogen hat, und ein gewisser Kemei mit einem übermüdeten Gut und einem Anblick, in dem jede überstandene Enttäufung eine Furche zurückgelassen hat.

„Angreifer war der Besitzer des übermüdeten Gutes, er lästete ihn unterwürdig und rief: „Herr Direktor Alexander? Welche Ueberwachung! Eine Ewigkeit, daß ich Sie nicht gesehen habe!“

„Vorant der Gewinner im Leben herablassend erwiderte: „A so! ... Herr Kemei! Ich erinnere mich, ja ... Wie geht's?“

„Vorläufig geht's nicht ... Ich suche jemand, der mir auf die Beine hilft, dann wird es schon gehen: Ich habe nämlich eine glänzende Idee! ...“ sagte mit bittender, fast schuldig klingender Stimme der übermüdete Gut.

„Ich erinnere mich, ja ... Sie hatten immer den Kopf voll der glanzvollsten Ideen“, erwiderte gelassen der Gewinner im Leben.

„Aber diesmal habe ich eine leicht verwirklichte Idee“, sagte mit seiner schuldig klingenden Stimme der übermüdete Gut. „Warum so eilig, Herr Direktor? ... Darf ich Sie begleiten?“

„Bittet! Und erzählen Sie mir von Ihrer neuen Idee!“

„Ich will einen Verlag gründen“, erklärte der übermüdete Gut.

„Einen Verlag?“ wiederholte der Gewinner im Leben. „Ich bin in dieser Branche nicht bewandert, aber ich glaube, ein Verlag kann unter Umständen ein gutes Geschäft sein.“

„Unter allen Umständen, Herr Direktor?“

„verbesserte der übermüdete Gut.

„So? ... Und wie wird Ihr Verlag heißen?“

„Verlag Schwager.“

„Verlag Schwager. Schwager?“ wiederholte der Gewinner im Leben und warf dem übermüdeten Gut mißbilligende Blicke zu. „Ein

sonderbarer Name, muß ich sagen. Ein Verlag heißt in der Regel „Aetion“ oder „Diskus“, auch anders, etwa „Natur und Kultur“ ... Aber „Schwager“, das habe ich noch nie gehört ... Der übermüdete Gut stieß einen schweren Seufzer aus.

„Wenn Sie die Einzelheiten kennen, werden Sie das nicht sagen. Ich will sie Ihnen erzählen, damit Sie verstehen, daß mir ein anderer Name als „Schwager“ gar nicht in den Kopf kommen konnte ... Als ich auf die Idee kam, einen Verlag zu gründen, ging ich gleich zu einem alten Bekannten, einem steirischen Mann. Ich erläuterte ihm ausführlich, was ein Verlag sei, das beste Geschäft heutzutage: etwas Einträglicheres als einen Verlag gäbe es gar nicht, es sei denn eine Goldgrube. Aber eine Goldgrube wird doch nicht vom Menschen gegründet; die schenkt uns der Himmel und der Mensch gibt nur die Aktien aus. Aber auch ein Verlag macht nicht viel mehr Arbeit: Man gibt ein Buch heraus — und der Leser kauft es gegen Bar. Ein Buch ist kein Staubhauger aus achtzehn Monate Abschlagszahlung, ein Buch ist Geld auf dem Lebenslauf. Und ist die erste Auflage ausverkauft, erscheint die zweite, ist auch die zweite Auflage vergriffen, folgt die dritte. Ein Buch kann aber auch liegen bleiben, es verdirbt nicht, es kommt nicht aus der Mode wie ein Damenhut. Hat man aber Zweifel über den Erfolg eines Buches, so gibt man eine Zeitung oder ein illustriertes Blatt heraus. Der Leser kommt vom lebenden Stockwerk herunter — und kauft es, in der Trost oder beim Kesperport! Im Schnee, im Regen, im Regen — er kommt und kauft! Wohnt aber der Leser in einer entlegenen Gegend, wo es keine Zeitungsstände und keine Zeitungskesperporteur gibt, so bestellt er das Blatt und schickt das Geld für einen Monat im voraus! Begreifen Sie nun, was ein Verlag ist? ... Für welche andere Ware zahlt man einen Monat vorher? ...“

„Ja, es ist augenscheinlich ein gutes Geschäft“, sagte der Gewinner im Leben. „So gründen Sie doch Ihren Verlag! Worauf warten Sie noch?“

„Das hat mir auch der andere gesagt, aber er gab mir kein Geld dazu. Ich habe ihm einen praktischen Vorschlag gemacht: Ich habe eine

Idee, Sie haben Geld, so tun wir uns zusammen und machen wir's halbpakt!“ „Rein!“ hat er mir geantwortet: „Geld gebe ich Ihnen keines, aber ich gebe Ihnen etwas Besseres als Geld — meinen Schwager, den Bruder meiner Frau. Er ist Plakatreiter einer großen Papiermühle, er wird Ihnen Papier zu einem phantastisch billigen Preis verschaffen, und das auf Pump! Für einen Verlag ist aber Papier die Hauptsache!“

„Das ist gewiß sehr vorteilhaft“, sagte ich zu ihm. „Aber für den Anfang muß man etwas Geld haben. Vielleicht könnten Sie mir doch außer dem Schwager etwas Geld vorstrecken?“

„Rein!“ sagte er. „Beides kann ich nicht geben! Finden Sie noch jemand, der Ihnen das Geld gibt! Der Schwager gibt das Papier, ich gebe den Schwager. Sie geben die Idee, so könnten wir selbst die Firma gründen.“

„Was konnte ich ihm darauf sagen? Ich dankte ihm für den Schwager und ging zu einem anderen Bekannten, auch einem sehr reichen Mann. Auch diesem erzählte ich meine Idee. Ich wollte nun wissen, auf welchen Betrag ich bei ihm rechnen kann; da aber sagte er: „Wie haben Sie das erraten? Ich will Ihnen tatsächlich meinen Schwager geben, den Bruder meiner Frau. Er arbeitet für die Druckerei, nimmt Bestellungen an. Mit seiner Empfehlung wird man Ihre Zeitung zum halben Preis drucken und selbst diesen Stunden. Eine Druckerei ist doch für einen Verlag die Hauptsache!“

„Was konnte ich da machen? Ich sagte: „Schön, ich will darüber reden, und ging zum dritten reichen Bekannten. Der hat an meiner Idee noch mehr Gefallen gefunden als die vorherigen zwei, so daß ich ihm bündig sagte: „Der mit dem Gelde und wir machen den Anfang!“

„Darauf er: „Rein, ich habe kein Geld für Sie, aber etwas, was noch teurer ist als Geld ...“

„Wieder einen Schwager?“ unterbrach ich ihn, und er zu mir: „Das ist kolossal! Sie sind ein Gedankenleser! Ganz richtig, meinen Schwager, den Bruder meiner Frau. Er ist ein Inseratengänger, und für eine Zeitung bilden Inserate die Hauptsache. Eine Zeitung, die viel Inserate hat, kann nicht untergehen. Mein Schwager ist für Sie

eine Goldgrube. Mit ihm brauchen Sie auch gar kein Geld ...“

„Was konnte ich da tun? Ich versprach wiederzukommen und begab mich auf den Heimweg — und da kamen Sie mir entgegen ...“

Der Vielgeplagte zog seinen übermüdeten Hut ab und trauete mit einem schmerzhaften Taschennut die sorgendursichtige Stirn.

„Nun, was sagen Sie jetzt?“ fragte er den Gewinner im Leben, indem er des Taschennut in ein Klümpchen zusammenquetschte. „Habe ich ein Recht, den Verlag anders als „Verlag Schwager“ zu benennen?“

Der Gewinner im Leben nickte lächelnd.

„Ihre Idee gefällt mir ganz gut“, sagte er langsam. „Besser als die Kaffeehäuser und Kabalette, zu deren Gründung man mich tagtäglich animiert ...“

In den Augen des Vielgeplagten flackerte schwache Hoffnung auf.

„Rein Teurer!“ rief er. „Wäre das möglich, daß ich endlich einen verheißenden Menschen gefunden? ... Und wo? ... Zufällig auf der Straße? ... Uebrigens sind noch alle Millionengründungen durch einen Zufall zustande gekommen ... Also, wieviel bieten Sie? Ich nähme sämtliche Schwager in das Geschäft, Sie würden sich sicherlich nützlich erweisen ...“

In den Augen des Vielgeplagten leuchtete so viel inständiges Bitten, daß es selbst einen Stein rühren würde.

„Rein!“ sagte der Gewinner im Leben fest. „Ich gebe Ihnen kein Geld! Ich gebe Ihnen dafür ...“

„Roh einen Schwager?“ rief der Vielgeplagte verzweifelt aus.

„Aber was für einen?“ sagte ruhig der Gewinner im Leben. „Keinen Schwager, den Bruder meiner Frau! Er ist für eine Zeitung schlechthin unerlässlich: er schreibt in Prosa und in Versen, er zeichnet Karikaturen, er übersetzt aus allen Sprachen, er ...“

Aber der Vielgeplagte mit dem übermüdeten Gut hat nicht erfahren, welche Vorzüge der vierte Schwager noch besaß. Ganz gegen seine Meinung, immer höflich und sogar unermüdet zu sein, tauchte er ohne Abschiedsgruß im Gemüß der lärmenden Straße unter.

(Nach dem Russischen von E. Galperin.)

Ein katholischer Geistlicher über Arbeitszeitverkürzung bei gleichbleibenden Löhnen.

Robertus Mac Gahan, ein katholischer Priester in West-Virginia (Amerika) äußerte sich also über eine der brennendsten Fragen unserer Zeit:

Wenn zehn von hundert Menschen keine Arbeit haben, so reduziert zehn Prozent der Arbeitszeit für jedermann, und alle Welt wird Beschäftigung haben. Und wenn man bis zu 25 Prozent gehen muß, — warum nicht? Aber was soll mit den Löhnen geschehen? Kann man fünf Stunden ebenso hoch bezahlen wie acht? Nach der ökonomischen Regel keineswegs! Jedoch nach dem Gesetz der sozialen Gerechtigkeit muß der Arbeiter verdienen, was er braucht. Ernährt der Landwirt nicht seine Pferde genau so, auch wenn sie gerade nicht arbeiten?

Energisches Vorgehen der Regierung.

Wien, 13. September. (AP) Die Bundesregierung hat verfügt, daß alle Bundesministerien und Landesoberhäupter angewiesen werden, die vorläufige Suspendierung aller jener Beamten, die sich an dem heutigen Anschlag irgendwie beteiligt haben, im Sinne der Bestimmungen der Dienstprognostik ungesäumt zu verfügen. Wegen der Schuldtrogenden wird im Disziplinar- oder strafrechtlichen Wege vorgegangen werden. Wie die „Neue freie Presse“ erfährt, ist die Regierung fest entschlossen, aus dem gestrigen Ereignissen die Konsequenzen zu ziehen, die Heimwehren aufzulösen und zu entlassen.

Wegen der drei Hauptführer des österreichischen Aufstandes, Dr. Priemer, Rauter und Lamberg, wurde wegen des Verdachens des Hochverrats Haftbefehl erlassen. Die Nachricht von der Verhaftung Dr. Priemers hat sich jedoch nicht bestätigt. Priemer verließ Jüdenburg in unbekannter Richtung, ebenso sein Unterführer Rauter. Dem Vernehmen nach sind beide nach Italien geflüchtet. Von anderer Seite dagegen wird mitgeteilt, daß sich Dr. Priemer in der südlichen Steiermark aufhalte.

Hausdurchsuchungen in Graz und Wien.

Graz, 14. September. (AP) Die Polizei nahm heute vormittag im Lokal der Landesleitung des steiermärkischen Heimatschutzverbandes Hausdurchsuchungen vor, beschlagnahmte die vorliegenden Schriftstücke und Bücher und verlegte die beiden Lokale.

Wien, 14. September. (AP) Die Polizeikorrespondenz vermeldet: Die 260 Heimwehrmänner, die Buchberg nebst Mosenberg in militärischer Formation am Sonntag nachmittag besetzt hatten, wurden durch Wiener Sicherheitsabteilungen noch gestern abend verhaftet. Bei den Verhafteten wurden ungefähr 30 Handwaffen beschlagnahmt. Außerdem wurde eine Anzahl von Gewehren im Walde vorgefunden. Alle 260 Mann befinden sich zur Zeit noch in Haft.

Im Laufe des Sonntag nahm die Wiener Polizei in den Sekretariaten und Bezirkslokale des Wiener Heimatschutzverbandes und des österreichischen Verbandes „Starhemberg“ Hausdurchsuchungen vor. Es wurden eine Anzahl von Gewehren, Karabinern, Pistolen, Bajonetten und Stahlhelmen sowie Totschläger und Gummiknüppel beschlagnahmt und die Strafamtbehandlung eingeleitet.

Razis rücken ab.

Wien, 18. September. Die Parteileitung der Nationalsozialisten erklärt, daß sie zu dem Putsch in keinerlei wie immer gearteten Beziehungen steht, von seiner Vorbereitung keinerlei Kenntnis hatte und ihn ablehnt. In einer Erklärung der niederösterreichischen Heimwehr wird der Aufbruchversuch Priemers und Genossen verurteilt und erklärt, daß sie aktiv gegen derartige Versuche aufzutreten würde. Sie stellte alle ihre Formationen der Regierung gegen Putschabsichten zur Verfügung und wies ihre Dienststellen an, sich zur Unterstützung der legalen Gewalt bereitzustellen. Die Tiroler Heimwehren unter Führung Steiblers haben kategorisch erklärt, daß sie mit der ganzen Aktion Dr. Priemers nichts zu tun haben.

Noch zwei Tote.

Graz, 14. September. Der am gestrigen Sonntag in Kapfenberg schwer verletzte Franz Weisler ist heute im Bruder Spital gestorben.

Der in Fernegg durch einen Schuß in den Hals verletzte Heimatschützer Alois Rüster ist im Spital in Brud gestorben.

Vertrauensfundgebung für die Partei.

Wien, 14. September. In einer sozialdemokratischen Vertrauensmännerversammlung wurde eine Resolution beschlossen, in der die Haltung des Parteivorstandes und des Gewerkschaftsvorstandes während der gestrigen Vorfälle gebilligt und rücksichtsloses Vorgehen, besonders Auflösung der Heimwehren und gerichtliche Verfolgung aller Schuldigen gefordert wird.

Dynamitattentat gegen den Schnellzug Budapest-Wien.

Lokomotive und fünf Waggons von einem hohen Viadukt in die Tiefe geschleudert. — Bisher 24 Tote und viele Verletzte. — Nach dem Muster von Jüterbog.

Budapest, 14. September. (AP) Sonntag nachts gegen halb 11 Uhr wurde auf den Schnellzug Budapest-Wien-Passau-Röln ein furchtbares Sprengstoff-Attentat verübt.

Bei der Station Batorbagy überbrückten zwei nebeneinanderliegende 55 Meter hohe und etwa 60 Meter lange Viadukte das Tal. Auf jedem der Viadukte läuft ein Schienenstrang, da die Strecke doppelgleisig ist. Als sich der Schnellzug der Station Batorbagy näherte, kam es auf dem Viadukt zu einer furchtbaren Explosion, die ein mächtiges Stück aus den Schienen herausriß, das bis in die fast sieben Kilometer weit liegende Gemeinde Batorbagy geschleudert wurde.

Die Zerstörung des Geleises hatte zur Folge, daß die Lokomotive mit dem Gepäckwagen und den ersten vier Waggons, darunter zwei Schlafwagen, entgleiste und sofort vom Viadukt hinabstürzte. Die fünf letzten Wagon, in denen sich die meisten Passagiere befanden, waren zum Glück noch nicht bis zum Viadukt gelangt. Sie rissen von den abstürzenden Wagon ab und blieben auf dem Bahnkörper stehen. Das Eisen-gerüst des einen Viaduktes hing zwischen den Brückenpfeilern herab. In einer Tiefe von 28 bis 30 Meter, liegen die vollkommen zertrümmerte Lokomotive und die ebenso vollkommen zertrümmerten Waggons.

Die Rettungsarbeiten.

Die Rettungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen; sie gestalteten sich aber sehr schwierig, da man zu den tief in den Abgrund liegenden Waggons nur schwer gelangen konnte. Bald darauf trafen aus Budapest zwei Sanitätszüge des Roten Kreuzes mit Rettungsmannschaften in voller Ausrüstung als auch mit Pionieren und Ordnungspolizei ein. Man organisierte den schwierigen Rettungsdienst bei Fackelschein.

Durch die Stille der Nacht hallen Wehrufe in ungarischer, deutscher, französischer und englischer Sprache und aus den Trümmern der Waggons wurden der Reihe nach die blutenden Körper der Verletzten hervorgeholt. Es gelang insgesamt bloß 21 Verwundete aus den Trümmern hervorzuholen. Sie wurden verbunden und im Rettungswagen nach Budapest gebracht. Aus den zertrümmerten Waggons hörte man dann keine menschlichen Stimmen mehr und die furchtbare Stille zeigte an, daß sich unter den Trümmern nur noch Schwerverletzte und Tote befinden können.

In der Morgendämmerung sah man aus phantastisch verbogenen Eisenbestandteilen und aus dem plattgedrückten und vollkommen zertrümmerten Waggons geysterrhaft eine blutige Hand und einen bestürmten Fuß hervorragen. Es gelang nur mit schwerer Mühe, die dazugehörigen Körper zu befreien. Hinter dem von Gendarmen und Polizei gezogenen Kordon stehen die Frauen und Kinder und sehen weinend dem Rettungswerk zu. Kleine braune Wagen stehen bereit, um die Holzstücke aufzunehmen, in denen die blutigen Leichen geborgen werden.

Nach den bis heute vorliegenden Meldungen beträgt die Zahl der Toten 24.

Spuren der Täter.

Budapest, 14. September. Nach polizeilichen Feststellungen soll das Eisenbahnattentat bolschewistischen Ursprungs sein.

In der Nähe der Unglücksstelle fand man eine Zündschnur und einen Zettel mit dem Inhalt:

Arbeiter! Ihr habt keine Rechte. Nun werden wir Euch solche von den Kapitalisten erwirken. Jeden Monat werdet Ihr von uns hören, denn

Die Sparberordnung Brekens.

Berlin, 14. September. (Eigenbericht.) Die preussische Regierung hat heute abends ihre schon vor einiger Zeit angekündigte Notverordnung über die Senkung der Staatsausgaben erlassen. Bei einer Reihe von Beamtenkategorien werden die Gehälter und Sonderleistungen gekürzt. Den Gemeinden wird das Recht erlitten eine Herabsetzung der Gehälter der Angestellten, mit Ausnahme der durch Tarifverträge festgesetzten, vorzunehmen. Die Bezüge müssen so geregelt werden, daß sie denen der korrespondierenden Beamten entsprechen. Vor allem werden die Gehälter der leitenden Kommunalbeamten herabgesetzt.

Gleichzeitig mit dieser Verordnung hat die Regierung eine Änderung im Landtagswahlgesetz verfügt. Künftig soll ein Mandat auf 60.000 Stimmen statt wie bisher auf 40.000 entfallen. Man erwartet, daß dadurch die Zahl der Abgeordneten von 150 auf 330 bis 340 herabgesetzt werden wird. Auch für das Reich soll eine ähnliche Notverordnung erlassen werden, durch welche die Wahlquote von 60.000 auf 70.000 Stimmen erhöht werden soll.

unsere Freunde sind überall zugegen. Es gibt keine Arbeitslosigkeit. Nun, wir werden sie schaffen. Alles werden die Kapitalisten zu zahlen haben. Fürchtet nichts, unser Vergnügen geht nicht aus. — Der Arbeiter.

Nach den Feststellungen des Kommandanten der Pionierabteilung, bestand die verwendete Höllemaschine aus einem kleinen Pulverfaß aus Koffer, der mit 1 bis 2 Kilogramm Nitroglycerin oder Dynamit gefüllt war, die durch zwei gewöhnliche Kupferdrähte mit einer elektrischen Taschenlampenbatterie in Verbindung stand. Die Drähte waren so angebracht, daß sie durch den über sie hinwegfahrenden Zug in Kontakt gesetzt wurden, wodurch ein Kurzschluss entstand, der die Zündschnur in Brand setzte, durch die dann die Explosionsmasse zur Entladung gebracht wurde.

Die Zündschnur und der Explosivstoff sind deutsches Fabrikat, die Taschenlampenbatterie aber polnischen oder englischen Ursprungs. Dadurch scheint es wahrscheinlich, daß das Attentat auf die internationale Kommunistengruppe zurückzuführen ist, die in den letzten Jahren eine ganze Reihe ähnlicher Attentate im Auslande verübte. Es wurde auch festgestellt, daß die Höllemaschine nicht mit einem Uhrwerk verbunden war, sondern daß die Explosion auf Grund von Beobachtungen herbeigeführt wurde, die nur an Ort und Stelle gemacht sein konnten und große Sachkenntnis zeigen. Man hatte nämlich den vor dem Schnellzug fahrenden Personenzug ruhig passieren lassen.

Ein Verdächtiger verhaftet

Budapest, 13. September. (AP) Während der Bergungsarbeiten bei Batorbagy wurde ein Mann in einem blauen Anzug von den Gendarmen dem ebenfalls am Schauplatz anwesenden Leiter der polizeilichen Abteilung der Budapest-Polizei vorgeführt mit der Mitteilung, daß der Mann nach dem Attentat entlang des Geleises in der Richtung nach Budapest gelaufen sei. Der Mann hatte angegeben, daß er Ingenieur sei. Bald jedoch stellte sich heraus, daß diese Angabe unrichtig war und daß es sich um einen Bauarbeiter handelt. Es bestehen Verdachtsmomente gegen ihn und er wurde ebenso wie ein anderer verdächtig erscheinender Fabrikarbeiter festgehalten.

Im Laufe der polizeilichen Untersuchung wurde festgestellt, daß der Stationschef einer großen ungarischen Station um 1 Uhr nachts, also kaum 40 Minuten nach dem Attentat, telefonisch aufgerufen wurde. Der Anrufende erkundigte sich danach, ob auf den ungarischen Eisenbahnen alles in Ordnung wäre. Auf die Frage, warum er diese Frage stelle, antwortete der Unbekannte in deutscher Sprache, er wolle nur seinen Fahrplan zur Kenntnis bringen. Man hält es aber für sehr wahrscheinlich, daß der Anruf mit dem Attentat in unmittelbarem Zusammenhange steht.

Budapest, 14. September. Der Berliner Polizeipräsident hat in einem Telegramm um Aufklärung über die Einzelheiten des Eisenbahn-Anschlages erucht und zeigt Interesse insbesondere dafür, ob die am Attentat-Schauplatz vorgefundene Trodubing in stehender Schrift verfaßt war, wie dies beim Jüterbog-Verbrechen der Fall ist. Heute früh sind 27 Anzeigen bei der Oberstadthauptmannschaft eingelaufen, die Hinweise auf die mutmaßlichen Täter geben wollen. Bemerkenswert ist, daß sich am Samstag nachmittags etwa sieben Stunden vor Ausführung des Verbrechens eine Arbeiterin in einer Tabakhandlung erkundigte, ob nicht in einer Zeitung bereits über den Eisenbahnanschlag etwas erschienen sei. Die Polizei forscht nun auch in dieser Richtung nach.

Gandhi spricht im Rundfunk.

Unterredungen mit Macdonald.

London, 14. September. Gandhi hatte gestern nachmittags eine längere Unterredung mit dem Premierminister Macdonald in der Wohnung des indischen Delegierten der „Round Table“-Konferenz, Sir Tej Bahadur Sapru. Man nimmt an, sagt „Daily Telegraph“, daß Gandhi dem Premierminister angeboten hat, er sei bereit, an den Beratungen teilzunehmen, wenn die britische Regierung ihre Zustimmung dazu gibt, daß über die von dem indischen Nationalkongress aufgestellten prinzipiellen Fragen verhandelt werde.

Gestern sprach Gandhi im britischen Rundfunk. Seine Rede war sowohl in England als auch in Nordamerika deutlich zu verstehen.

London, 14. September. (Reuters.) Gandhi besuchte heute morgens in Begleitung der indischen Diätarin, Frau Rajdu, den St. James-Palast, um an der Sitzung des Arbeits-Ausschusses der Round-Table-Konferenz teilzunehmen.

Das Programm des „Führers“

Wie Priemer sich seine Diktatur über die Volksgenossen vorstellte.

„Volk von Oesterreich! In höchster Not hat mich das heimattreue Volk Oesterreichs zum obersten Hüter seiner Rechte berufen. Mit dem vollen Gefühl meiner schweren Verantwortung folge ich diesem Ruf und gelobe, mich mit ganzer Kraft zum Wohle meiner Volksgenossen für den Aufbau unseres Staatswesens einzusetzen.“

Mit diesen Worten beginnt das Manifest Priemers, welches in allen „besetzten“ Orten angeschlagen wurde und die Erlassung einer provisorischen Verfassung ankündigte, welche den Ständestaat vorbereiten sollte. Die wichtigsten Stellen dieses

Verfassungsentwurfes

lauten:

Als Führer des Staates Oesterreich ordne ich an:

Artikel 2 der bisherigen Verfassung hat zu lauten: Oesterreich ist ein Bundesstaat, bestehend aus den Ländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg.

Artikel 19 hat zu lauten: Die gesetzgebend: Gewalt, Leitungs- und Vollziehungsgewalt des Bundes und der Länder hat der Staatsführer übernommen. Ihm unterstehen der von ihm eingesetzte Ministerrat, sowie die von ihm ernannten Landeshauptmänner. Verfügungen des Staatsführers haben die Kraft von Gesetzen. Die Verwaltungsgeschäfte in den Ländern werden durch die vom Staatsführer eingesetzten Landeshauptmänner besorgt, diese sind an die Befehle des zuständigen Ministers gebunden und dem Staatsführer verantwortlich.

Artikel 84 hat zu lauten: Angehörige des Bundesheeres werden grundsätzlich besonderer Militärgerichtsbarkeit unterstellt, bis zur Erlassung diesbezüglicher Bestimmungen bleiben die derzeit geltenden Bestimmungen sinngemäß in Kraft.

Artikel 91, Abs. 2, ist aufgehoben. An Stelle der Geschworenengerichte treten Schöffengerichte, die aus je drei beamteten Richtern und drei Schöffen bestehen.

Artikel 108 hat zu lauten: Wien ist Bundeshauptstadt und gleichzeitig Hauptstadt des Landes Niederösterreich.

Die Bestimmungen über das Ständerecht nach dem 25. Hauptstück bis (88 429, 446) der Strafprozessordnung vom 23. Mai 1873, RGBl. Nr. 119, treten wieder in Kraft.

Das Gesetz vom 3. Mai 1869, RGBl. Nr. 68, womit auf Grund des Artikels 20 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, RGBl. Nr. 142, die Befugnisse der verantwortlichen Regierungsgewalt zur Verfügung zeitweiliger und örtlicher Ausnahmen von den bestehenden Gesetzen bestimmt werden, tritt wieder in Kraft.

Dr. Walter Priemer:

Absolute Macht des „Staatsführers“ Priemer, Befreiung vor allem der Selbständigkeit Wiens, wo die rote Gemeindemehrheit so wunderbare soziale Aufbauarbeit geleistet hat, Befreiung der Länderverwaltung und des Wiener Bürgermeisters, Befreiung der Geschworenengerichte, dafür aber Einführung des Ständerechts und des Diktatursgesetzes von 1869, das war der Traum der Heimwehren.

So sollte der „Ständestaat“,

Das Ideal unserer Nationalsozialisten

ins Leben treten!

Snoddens Notbudget angenommen.

London, 14. September. Das nationale Spargesetz wurde heute vom Unterhaus in zweiter Lesung mit 310 gegen 253 Stimmen angenommen.

Das waffenstarrende Frankreich.

Genf, 13. September. (Savas.) Die französische Regierung übergab dem Völkerbundsekretariat in Genf in Form eines Zusatzes zu ihrem Memorandum vom 15. Juli Referenzmaterial über den Stand ihrer Rüstungen. Die Zahl der Truppen in Frankreich betrug im Jahre 1921 513.643, im Jahre 1931 286.342 Mann inklusive Offizieren. Die mobilen Kräfte für eine eventuelle Verteidigung des überseeischen Gebietes betragen gegenwärtig 71.825 Mann. Die militärischen Kräfte in den überseeischen Gebieten betragen im Jahre 1921 313.588 Mann, gegenwärtig aber betragen sie mit Einrechnung der Eingeborenen-Abteilungen 231.405 Mann. Die Marine hatte 57.129 Offiziere und Mannschaftpersonen. Die Luftstreitkräfte zählen in Frankreich 32.110 Mann, in der Uebersee 8.298 Mann. Die Kriegsschiff-Tonnage beträgt 628.603 Tonnen, wobei das heutige Bauprogramm nicht eingerechnet ist. In Frankreich gibt es 1210 Kriegsflugzeuge, weiter an den Fliegerschulen 637 Flugzeuge und 310 Reserveapparate. In den überseeischen Gebieten gibt es 395 Flugzeuge und Hydropläne. Weiters sind drei lenkbare Luftschiffe von einer Gesamtkraft von 974 Pferdekraften. Die Ausgaben für die Nationalverteidigung betragen im Budgetjahr 1930—31 8.655.779.000 Francs, wovon 2.505.000.000 auf die überseeischen Formationen, 3.013.938.000 auf die Marine und 2.139.881.000 auf Flugwesen entfallen.

Krisenbekämpfung in Oesterreich

Planwirtschaft auf dem inneren Markt.

Die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei Oesterreichs haben der Öffentlichkeit ein großzügiges Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unterbreitet. Das Programm gibt das Ergebnis eingehender Untersuchungen wieder und erstreckt sich auf die Arbeitslosenfürsorge, auf das Verhältnis von Arbeitszeit und Arbeitsmarkt und auf die Probleme der Löhne und der Gestehungskosten. Es gibt Richtlinien für eine Planwirtschaft zur Ausweitung des inneren Marktes, für die öffentliche Wohnbautätigkeit, für Investition und innere Kolonisation. Abschließend wird bemerkt, daß es kein Zufall sei, wenn die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen das ganze Wirtschaftssystem wesentlich umgestalten wird. Der Staat, der über eine ganze Reihe für die Gesamtwirtschaft wichtiger Handelsmonopole, über die größte Bank des Landes und über einen Teil seiner Industrie verfügt und die Wohnbautätigkeit reguliert, würde zur entscheidenden Macht in der Volkswirtschaft werden. Die Befehls- und Kommandohöhen der Wirtschaft durch den Staat würde einen breiten staatskapitalistischen Sektor in die privatkapitalistische Wirtschaft, einen breiten Sektor staatliche Planwirtschaft in die kapitalistische Anarchie einbauen. Die Tatsache, daß jede ernsthafte Suche nach wirksamen Mitteln zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit zu Versägen führt, die über die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung hinausgehen, beweist, daß die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit unserer Tage mit privatkapitalistischen Mitteln nicht mehr überwunden werden kann.

Hinsichtlich der Arbeitszeit und des Arbeitsmarktes wird die 40-Stundenwoche verlangt. Zunächst müsse die Arbeitszeit wenigstens in denjenigen Industriezweigen herabgesetzt werden, in denen eine Vergrößerung des Arbeiterbestandes unmittelbar bewirkt werden kann. Empfohlen wird zu diesem Zweck ein gemeinsames Vorgehen des Sozialministeriums mit den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden. Im Anschluß daran wird die Beschränkung des Doppelverdienens, planmäßiger Abbau der ausländischen Wanderarbeiter und ein Stilllegungsgesetz verlangt, das die Unternehmer verpflichtet, die Stilllegung größerer Betriebe vorher der Regierung anzuzeigen, und das der Regierung ein Einspruchsrecht gegen Stilllegung gibt.

Für die Senkung der Gestehungskosten wird eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Dahin gehört der Vorschlag, den Zinssfuß niedrig zu halten, als das mit der Verteidigung der Währung zu vereinbaren ist. Betont wird in diesem Zusammenhang, daß man den Zinssfuß übertrieben hochhalte, um ausländisches Geld bereinzuziehen, eine Hoffnung, die sich angesichts der ganzen Situation nicht erfüllen kann. Weiter wird Abbau der industriellen Leistungskosten verlangt, insbesondere eine Reduzierung der Direktorengehälter, eventuell müßte die Anspornung der leitenden Personen an die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Unternehmungen durch Eingriffe der Gesetzgebung ermöglicht werden. Das Mißverhältnis zwischen dem notwendigen Aufwand für Arbeitslosigkeit usw. und der Leistungsunfähigkeit der untermengechrumpften Industrie müßte dadurch überwunden werden, daß ein größerer Teil des sozialen Aufwandes als bisher von der Allgemeinheit übernommen wird.

Als das wichtigste Mittel zur Senkung der Gestehungskosten wird aber die Verstärkung des Abfahrs bezeichnet. Daran schließen recht interessante Forderungen für eine Planwirtschaft auf dem inneren Markt. Die Vorschläge gehen davon aus, daß Oesterreich auf Grund seiner schwierigen Wirtschaftslage nur von solchen Staaten Waren vor allem Agrarartikel kaufen kann, die ihm keine Industriewaren abnehmen. Das geschehe nicht genügend. Die Erhöhung der Agrarzölle, die die bürgerlichen Regierungen vorgenommen haben, können daran nichts ändern. Man müsse zu Vorzugszöllen und zu einer Kontrolle des Außenhandels kommen. Aus diesem Gedanken heraus wird ein Handelsmonopol für Getreide und Rohprodukte und ein Großhandelsmonopol für Zucker, Benzin und Kohle empfohlen. Hand in Hand damit müsse die Nationalisierung der österreichischen Landwirtschaft, die mehr produzieren muß, vollzogen. Dahin gehört die Forderung nach einem Fünfjahresplan für diesen Aufbau der österreichischen Viehwirtschaft und nach einer Purbereinigung in den bäuerlichen Bezirken mit dem Ziel, die Arbeitsflächen zu vergrößern, um so die Getreideproduktion zu steigern. Wichtig sei vor allem, eine Verbilligung der Kosten der Lebenshaltung zu verbieten. Als erforderlich wird eine Kontrolle der Preisfestsetzung aller derjenigen Unternehmungen durch den Staat angesehen, die ein tatsächliches Monopol auf dem österreichischen Markt haben. Die Staatsaufsicht müsse sich auch auf die internationalen Kartellvereinbarungen erstrecken.

Für die im Frühjahr 1931 zusammengebrochene und dann sanktete Kreditanstalt, die größte Kreditbank Oesterreichs, die ja auch einen großen Industriekonzern darstellt, der einen wesentlichen Teil der österreichischen Industrie erfaßt, wird verlangt, daß keine Betriebe

stillgelegt werden, deren Lebensfähigkeit durchgängliche oder teilweise Abschreibungen ihrer Bankschulden wieder hergestellt werden kann. Das kann nur letzten Endes auf Kosten des österreichischen Staates erfolgen. Diese Opfer dürften nicht unansehen der Kapitalisten gebracht werden, unter deren Führung die Betriebe zahlungsunfähig geworden sind. Es müßten daher in jedem Fall, in dem Forderungen der Kreditanstalt an die kapitalistischen Betriebe abgeschrieben werden, Aktien dieser Betriebe im gleichen Wert abgestempelt oder verbriefet und statt ihrer der Kreditanstalt neue mit einem Dividendenvorzugsrecht auszustattende Aktien übergeben werden. So bald die Staatskassierung wirksam wird und der Staat für Schulden der Kreditanstalt aufkommen muß, habe die Cre-

ditanstalt diese Aktien als Gegenleistung dem Staat zu übergeben. Auf diese Weise werde ein Teil der österreichischen Industrie in Staatseigentum übergehen. Der Staat habe zur Verwaltung seines Industriebetriebes einen von der Hoheitsverwaltung getrennten gemeinwirtschaftlichen Körper zu bilden. Die finanziellen Schäden, die dem Staat aus der Sanierung der Kreditanstalt erwachsen, seien dadurch zu verkleinern, daß alle Personen, die, sei es als Verwaltungsrat, sei es als Direktoren, für die Geschäftsführung der Kreditanstalt und der in der Kreditanstalt aufgefundenen Banken verantwortlich waren, mit ihrem ganzen Vermögen zur Wiederamtmachung der unter ihrer Verantwortung angewandten Verluste herangezogen werden.

Das ist die Dorfgemeinschaft!

Der Staatspensionär Böllmann beschimpft die Arbeitslosen als „arbeitsunwillige Staatspensionäre“!

„Das Landvolk soll eine einzige große Familie sein!“ Dieser Grundsatz wird von den Agrariern regelmäßig als Wahlschlager ausgekramt, wenn sie die Stimmen der Bäuer und Landarbeiter brauchen. Zum Landvolk gehören aber heutzutage auch viele Tausende arbeitsloser Menschen.

Unter den Arbeitslosen befinden sich genug Bauernöhne

und wenn Ernährungsarten zur Verteilung gelangen, dann drängen sich manche darum, die sonst fleißig über die Rotten schimpfen. Ein großer Teil des arbeitenden Landvolkes ist in die Kreise hineingerissen worden und in zahlreichen Dörfern ist die Arbeitslosenfürsorge genau so wichtig, wie in den Städten.

Die Landbändler fordern auf der einen Seite, daß die ganze Landbevölkerung agrarisch wählen soll und sind andererseits unverschämte genug, die ländlichen Arbeitslosen in ihrem Elend noch zu verhöhn.

Ein feines Stück hat sich in dieser Hinsicht Herr Abgeordneter Böllmann, Klubvorsitzender des B.D.L. geleistet. In einer Versammlung in Schöbfl, Bezirk Kompton, wo er am Sonntag unserem Kleinbauernsekretär Schmidt gegenübertrat, bezeichnete Herr Böllmann die Arbeitslosen als

„arbeitsunwillige Staatspensionäre“.

Dabei ist Herr Böllmann als ehemaliger Eisenbahnbeamter

selber ein wohlbestallter Staatspensionär,

ja er hat sich seinerzeit bei den Prager Beamten die Fänge abgelaufen, es zu werden. Wenn man neben den Abgeordnetenräten noch monatlich über zweitausend Kronen Staatspension bekommt, dann kann man leicht über die arbeitslosen „Staatspensionäre“ losziehen (nicht wahr, Herr Böllmann!).

Herr Böllmann macht Schule.

Der „Deutsche Landbote“ spricht von „arbeitslosen Elementen“ und nennt die Arbeitslosen „ein stehendes Heer von Almosenempfängern“. Das westböhmische Kreisblatt des Landbundes ist unzufrieden, weil seit der Ministerwahl Dr. G. z. H. 410 Millionen für Arbeitslosenfürsorge ausgegeben wurden und nötigt daran, daß die Sozialdemokraten eine allgemeine Arbeitslosenversicherung fordern, indem es dazu schreibt: Bei einer solchen Versicherung wird man mit 400 Millionen Kronen natürlich nicht das Auslangen finden. Es wird der doppelte oder gar dreifache Beitrag notwendig sein, der selbstverständlich wiederum aus den Steuerzahlern

Minister Genosse Weiskner über politische Tagesfragen.

Für die Verkürzung der Arbeitszeit. — Für die Herabsetzung der militärischen Dienstzeit. Heranziehung der Unternehmer zur Arbeitslosenunterstützung. — Herabsetzung des Militärbudgets.

In einer Versammlung von Vertrauensmännern der Sozialdemokraten Währ. Strauß hielt Minister Genosse Weiskner eine Rede, der wir folgendes entnehmen:

Der Redner erinnerte zunächst daran, daß die Wirtschaftskrise nun auch ihren Einfluß auf die Staatsfinanzen ausübe. Der Staatsvoranschlag für 1932 werde um 160 Millionen Kronen herabgesetzt werden und wird mit einer kleinen Summe aktiv sein. Ob diese Aktivität im Jahre 1932 wirklich erreicht werden wird, hängt von den staatlichen Steuereingängen ab. Der Vorwurf, daß die Sozialisten mit den Staatsgebern nicht genug parum umgehen, müsse auf das Entschiedenste zurückgewiesen werden. Auch in Ungarn, Italien, Polen, Jugoslawien, Oesterreich gibt es finanzielle Schwierigkeiten, obwohl diese Länder nicht von Sozialdemokraten regiert werden. Die Sozialisten verlangen nur Gelder für die Opfer der Wirtschaftskrise. „Was es eine ungerade Forderung“, so führte der Redner wörtlich aus, „Unterstützungen für diejenigen zu verlangen, welche die Arbeitslosigkeit nicht verschuldet haben? Die Sozialisten bestehen allerdings nicht auf den Unterstützungen, wenn der Staat den Menschen Arbeit verschaffen könnte, wenn man sich für diese Lösung ausspricht. Unser Streben geht dahin, Arbeit zu beschaffen. Bei uns steuern für die produktive Arbeitslosenunter-

stützung die Unternehmer bisher mit nichts bei, wie dies anderswärts der Fall ist.“

berausgepreßt werden soll... Statt dafür zu sorgen, daß Arbeitslosigkeit geschafft wird, daß also die Unterstützung in der Form von Pöb- nen zur Auszahlung kommt, werden Millionen ausgegeben, die spurlos verschwinden, arbeitslose Elemente herangezogen und der Schwindel begünstigt, ohne daß den wirklichen Arbeitslosen dadurch eine durchgreifende Hilfe gewährt wird. Man schreit auf Seiten der Sozialdemokraten die Arbeit zu haben, ein stehendes Heer von Almosenempfängern zu errichten, von denen man sich eine besonders treue Gefolgschaft für die Partei verspricht.“

Dies morschieren Unwissenheit und Böswilligkeit in festerer Boarung auf. Ein agrarischer Schriftleiter braucht natürlich nicht zu wissen, daß unter den 410 Millionen auch jene 60 Millionen sind, die für produktive Arbeitslosenfürsorge aufgewendet wurden. Er war wahrscheinlich die letzten zwei Jahre in einem Zuchtstall eingesperrt, weil er einfach die Tatsache unterschlägt, daß die Sozialdemokraten in Gemeinde, Bezirk, Land und Stadt mit Aufgebot aller Kraft bestrebt sind, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Seine eigenen Parteigeossen sind es zumeist, die dabei in den Arm fallen.

Ausgerechnet die Agrarier, die an das Subventionnehmen gewöhnt sind, wie keine zweite Bevölkerungsschicht, sie wagen es, von einem stehenden Heer von Almosenempfängern zu reden.

Ueber „Schwindel“ und „Heranziehung arbeitsloser Elemente“ halten sie sich auf und wenn wir die Arbeitslosenfürsorge auf Versicherungsbasis mit festumgrenzten Leistungen und Ansprüchen stellen wollen, dann schimpfen sie über den Kostenpunkt. Hinter diesem Gerede verbergt sich, schlecht verborgen, die agrarische Anschauung, daß jede Form von Arbeitslosenfürsorge „hinausgeworfenes Geld ist. Die Herren von der Dorfgemeinschaft möchten ihre darbenenden Volksmassen kalten Herzens krepieren lassen.

Freilich übersehen sie, daß dann, wenn man Hunderttausende von Arbeitslosen zur Verweisung und zur Revolte treiben würde, auch ein gutes Stück des kapitalistischen Bauernprogramms in Nehen ginge.

Die Herren Agrarier mögen zur Kenntnis nehmen, daß gerade in diesem Punkte die Arbeiterschaft keinen Spah versteht. Falls sie diese provozierende Tonart beibehalten, dann kann es passieren, daß nächstens die Arbeitslosen die Versammlungen des Herrn Böllmann besuchen, um mit ihm Aug in Auge das Thema von den „Staatspensionären“ weiterzuspinnen.

Ueber die militärischen Fragen führte der Minister aus: „Es ist festzustellen, daß diesmal auch der Voranschlag des Ministeriums für nationale Verteidigung herabgesetzt werden wird, was selbstverständlich nicht nur aus der Herabsetzung des Preisindex herborgeht. Man wird bei uns zur Herabsetzung gelangen müssen, daß die militärische Präsenzzeit von 18 auf 12 Monate wird herabgesetzt werden müssen, was eine bedeutende Senkung des Budgets des Ministeriums für Nationalverteidigung bringen müßte. Die Sache ist praktisch durchführbar und würde unserer Republik nur nützen, wenn sie ihre Delegierten in die internationale Abrüstungskonferenz schon nach Durchführung dieses Antrages schicken könnte.“

Was die Bedeutung der Staatsausgaben betrifft, wird man zu einer vorübergehenden Erhöhung der Einkommensteuer (erst von den größeren Einkommen, wie bereits gemeldet wurde D. Rd.) schreiten müssen, welche einen Ertrag von 100 bis 140 Millionen Kronen bringen wird, sowie zu einer Erhöhung der Lausiensteuer. Aus dem Ertrag dieser Steuern werden die Arbeitslosenunterstützungen gedeckt werden.

Gewerkschaften und Arbeitslosenunterstützung. Unter diesem Titel brachten wir gestern eine lehrreiche Notiz, in der der Nachweis geführt wurde, daß die deutschen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei verhältnismäßig weit mehr Arbeitslose haben, als die tschechischen Gewerkschaften. Diese Notiz ist — durch ein Versehen der Druckerei — wie unsere Leser inzwischen selbst feststellen, haben werden, irrtümlicherweise in eine polemische Notiz hineingekratet.

Es geht darum, zu verhindern, daß die Lasten der Wirtschaftskrise ausschließlich auf die Schultern der Beschäftigten überwälzt werden. Die Zukunft unserer sozialpolitischen Gesetzgebung steht auf dem Spiele. Ein Sieg der Besitzklassen bei den Gemeindevahlen bringt neue Not und neues Leid für das arbeitende Volk. Er verhindert die Wiederherstellung der vom Bürgerblock preisgegebenen Demokratie in der Verwaltung der Gemeinden.

Den Sieg der kapitalistisch-bürgerlichen Parteien zu verhindern, ist das dringendste Gebot bei diesen Gemeindevahlen. Darum, Gewerkschaftsmitglieder, tut eure Pflicht, handelt so, wie es euch die wirtschaftliche Not gebietet, wehrt den Vorstoß der politischen und wirtschaftlichen Feinde der Arbeiter- und Angestelltenklasse entschieden ab.

Sorgt für den Sieg der Sozialdemokratie am Sonntag, den 27. September.

„Gewerkschaftliche Rundschau“.

Aus dem Vaterland der Arbeiter.

Es gibt keine Einrichtung in der Tschechoslowakei, die nicht von den Kommunisten in Grund und Boden verdorrt wurde, und wenn es sich gar um Institutionen handelt, die von Sozialdemokraten geschaffen, von Sozialdemokraten geführt werden, so ist des Höhnens und Beschimpfens kein Ende. Was sagen aber diese großmütigen Herren zu folgenden Auslassungen des guten Volkswilens W. Kossior, Sekretär der kommunistischen Partei Rußlands, der über die Verpflegung der Arbeiter in Sowjetrußland laut Moskauer „Iswestija“ vom 21. August 1931 folgendes geäußert hat:

„Bleibt denn wirklich keine Möglichkeit, die Bevölkerung mit Brot zu versehen? Menschen stehen Hundstunde vor den Türen Schlange, schimpfen und vergenden unnütz ihre kostbare Zeit. Sie hoffen, Brot zu erhalten, aber man gibt ihnen Mehl. Wenn wird das Schlange stehen nach Brot und anderen Produkten aufhören? ... Wir haben uns vorgenommen, die Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln in jeder Beziehung zu bessern. Und was ist aus unseren Vorhaben geworden? In den gemeinsamen Speisehäusern herrscht ungläublicher Schmutz und die Speisen werden miserabel zubereitet. Speisehäuser, die sauber sind und gutes, schmackhaftes Essen zubereiten, begegnet man nur ausnahmsweise. Zum größten Teil wird schlechtes Essen verabfolgt. Die Speisekarte ist eintönig, oft werden die Arbeiter zehn Tage hintereinander mit Cranven oder Makkaroni, die eckhaft zubereitet sind, abgespeist. Ueberall herrscht ungläublicher Schmutz und Fliegen, Fliegen, Fliegen! Was besonders verblüßt, das ist die hochstäbliche Hilflosigkeit der leitenden Personalitäten: „Was soll man mit den Fliegen anfangen? Sie fliegen ja! ...“ Ich wandte mich an den Vorsitzenden des Kreis-Komitees der Parteimitglieder: „Sind Sie an den herrschenden Zuständen in den Speisehäusern interessiert?“ „Kollisch, ich esse ja dort.“ „Wie werden die Arbeiter verpflegt?“ „Schlecht.“ „Haben Sie getrunken das Fleischgericht gegessen?“ „Das weiß ich nicht, ich esse keine Fleischspeisen.“ Und dieser Mann ist Vorsitzender des Kreis-Komitees! ... Im Bezirk Stalino gibt es nur eine Gemeindefestliche, und ich muß sagen, diese Küche ist eine Schmach für das ganze Bezirkskomitee!“

Wir nehmen an, daß es den Männern, welche die „Iswestija“ schreiben, ehrlich um die Beseitigung der hier gerügten Mißstände zu tun ist. Aber möchten sie nicht ihre mitteleuropäischen Kollegen darüber aufklären, daß es nicht nur unerhört demagogisch, sondern auch unerlaubt dumm ist, die sozialpolitischen Maßnahmen in Ländern, in denen die Sozialdemokratie nur einen begrenzten Einfluß auf die Regierungsgewalt hat, in den Rot zu zerren, wenn die sozialpolitischen Einrichtungen in einem Lande, in welchem der Volkswidern die unumschränkte Macht ausübt, so aussehen, wie sie hier geschildert wurden? Denn hier gilt keine Berufung auf unvermeidliche Kinderkrankheiten eines neuen Wirtschaftssystems, hier handelt es sich um Dinge, die bei etwas Intelligenz und Gewissenhaftigkeit der verantwortlichen Funktionäre nicht vorkommen dürften. Hier zeigen sich eben die grundlegenden Mängel eines Systems, das die Demokratie mißachtet und daher an Stelle der Mitverwaltung und Selbstverwaltung der Massen die Diktatur eines seelenlosen Apparates gesetzt hat, den niemand zur Verantwortung ziehen kann.

Eine magyarische Lehrerbildungsanstalt in der Tschechoslowakei. Wie der Schulminister Genosse Dr. D. C. r. e. x. einem magyarischen Journalisten mitgeteilt hat, wird in der nächsten Zeit an die Errichtung einer magyarischen Lehrerbildungsanstalt in der Slowakei gesonnen werden.

Genf wird mißtrauisch.

Genf, 14. September. Die Ereignisse in Oesterreich werden begreiflicherweise sehr aufmerksam und mit lebhaftem Interesse von den Genfer Kreisen verfolgt. Sie werden durchwegs nicht die Verhandlungen im Finanzomitee erleichtern und beschleunigen, das die Empfehlungen vorbereiten soll, welche dann die Grundlage für die künftige Finanzhilfe an Oesterreich bilden sollen. Der österreichische Bundeskanzler Buresch trifft in Genf ein, um möglichst verschiedene Erläuterungen betreffend die Lage Oesterreichs geben zu können.

Statistik der Krankenversicherung.

Die Zentralsozialversicherungsanstalt hat soeben die Statistik der Krankenversicherung für das Jahr 1927 auf Grund der amtlichen Ausweise der Krankenversicherungsanstalten herausgegeben. Kommt die Veröffentlichung auch reichlich spät, so enthält sie doch eine große Menge von Material, das auch heute noch die Aufmerksamkeit weiter Kreise verdient. Von der Krise der Krankenversicherung wird in letzter Zeit sehr viel gesprochen und die Berichte darüber sind meist stark tendenziös gefärbt. Nachdem die vorliegende Statistik das erste Mal einen Ueberblick über ein Wirtschaftsjahr gibt, in dem sich das neue Sozialversicherungsgesetz voll auswirken konnte, ist es nimmere möglich, an Hand des objektiven Zahlenmaterials die widerstreitenden Ansichten zu überprüfen.

Das Jahr 1927, der Gesamtwirtschaft im allgemeinen nicht ungünstig, bedeutete für unsere Krankenversicherung ein schweres Krisenjahr, denn durch das seit 1. Juli 1926 in Geltung stehende neue Gesetz wurden die Beiträge wesentlich herabgesetzt. Obwohl der durchschnittliche Versicherungsstand gegenüber dem Jahre 1926 nur unmerklich stieg (bei rund 2,5 Millionen Versicherten um 3090), sanken doch die Gesamteinnahmen der Krankenkassen von 923 Millionen Kronen pro 1926 auf 868 Millionen für 1927, während zugleich die Ausgaben von 907 auf 936 Millionen Kronen stiegen. Hatte das Geschäftsjahr 1926 noch einen Ueberschuß von 16 Millionen ausgewiesen, so ergab sich 1927 ein Abgang von 68 Millionen Kronen. Wenn auch nicht dem Umfange nach, so waren diese Erscheinungen doch ihrem Wesen nach schon lange bekannt und auch der Einnahmerückgang war befriedigend und einheitlich zu erklären. Die Steigerung der Ausgaben verfuhrte man dagegen von mehreren Seiten auf verschiedene Ursachen zurückzuführen, ohne daß sich für die Richtigkeit der vorgebrachten Argumente konkrete Tatsachen anführen ließen. Solche Tatsachen liegen nun zum Großteile vor. In erster Linie hat man die angeblich so hohen Verwaltungskosten verantwortlich gemacht. Die Statistik zeigt, daß dieser Posten von 181 Millionen Kronen im Jahre 1926 auf 137 Millionen im Jahre 1927 gesunken ist und daß dementsprechend sein Anteil an den Gesamtausgaben von 14,44 Prozent auf 14,68 Prozent wuchs. Die Zentralsozialversicherungsanstalt soll denjenigen Teil der Verwaltungsauslagen ersetzen, der durch die für sie geleistete Arbeit entsteht und warf dafür im Jahre 1926 nicht ganz 11 Millionen, 1927 fast 25 Millionen Kronen aus. Wenn auch, nach Ansicht der Krankenkassen diese Beträge zur Deckung der Mehrauslagen nicht ausreichen, so müssen wir sie doch, um wenigstens ein formell richtiges Bild zu erhalten, von den Verwaltungskosten abziehen. Dann ergibt sich von 1926 auf 1927 sogar eine Senkung von 120 auf 112 Millionen. Unter den Verwaltungskosten sollen es wieder die übermäßig hohen Bezüge der Beamten sein, die das Budget belasten. Stieg auch der durchschnittliche Jahressgehalt eines leitenden Beamten von 35.291 K auf 36.410 K, was aus der berechtigten Zeitverrückung erklärlich scheint, so fiel doch der Durchschnittsgehalt eines Beamten überhaupt von 17.563 auf 17.464 K. Es mußten nämlich im Jahre 1927 1590 Aushilfskräfte beschäftigt werden, während im Jahre 1926 1232 die Mehrarbeit bemähtigt hatten. Damit erscheint der Einwand gegen die hohen Verwaltungsauslagen entkräftet, doch führen seine Vertreter noch an, daß früher wesentlich billiger gearbeitet wurde. Nehmen wir die Statistik für das Jahr 1925 zur Hand, so finden wir, daß auf Verwaltungskosten 11,25 Prozent der Auslagen entfielen, während es 1927 nach Abzug der Erlöse 11,96 Prozent waren. Dazwischen liegt die Reueinführung eines großen Gekocherwerkes, so daß auch diese Steigerung unbedeutend erscheint.

Suchen wir den Grund der Ausgabensteigerung im erhöhten Aufwand an Versicherungsleistungen, so geben uns zunächst die Naturalleistungen recht. Im Jahre 1926 mußten für einen Versicherten im Durchschnitt an Arzt-, Heilmittel- und Spitalskosten ein Betrag von 120,52 K aufgewendet werden, während im Jahre 1927 129,11 K erforderlich waren. Ob an dieser Steigerung eine wachsende Zahl von Fällen oder ein Anwachsen der Kosten des Einzelalles die Schuld trägt, erfahren wir aus der Statistik leider nicht direkt. Wir können nur

aus der Entwicklung der statistischen Maßzahlen schließen, daß eher das letztere der Fall war. Während im Jahre 1926 auf einen Versicherten im Durchschnitt 13,92 Krankentage entfielen, waren es 1927 nur 12,23. Von 100 Versicherten erkrankten im Jahre 1926 47,53, 1927 nur 44,61. Auch die Geburtenziffern gingen zurück, nachdem von 100 versicherten Frauen im Jahre 1926 4,81, 1927 dagegen nur 4,32 entbunden. Die Zahl der Todesfälle blieb mit 67 auf 10.000 Versicherte in beiden Jahren gleich. Es erscheint also auch die Behauptung unzutreffend, daß die Leistungen von Seiten der Versicherten in erhöhtem Maße ausgenutzt wurden und wir würden eine Senkung der Geldleistungen erwarten. Doch erfahren wir, daß auf einen Versicherten im Jahre 1926 162,66 K an Geldleistungen kamen, im Jahre 1927 aber 165,65 K. Wie dies trotz der sinkenden Maßzahlen möglich ist, kann aus der vorliegenden Statistik nicht ersehen werden. Die Ursache liegt im Ansteigen des versicherten Durchschnittslohnes, über den die Zentralsozial-

versicherungsanstalt erst seit dem Jahre 1928 eingehende Statistiken führt und veröffentlicht. Für die vorhergehende Zeit liegen nur spärliche Daten zu einzelnen Tagen vor, aus denen errechnet werden kann, daß zum 1. Juli 1926 fast 70 Prozent aller Versicherten einen Tagelohn von weniger als 22 K hatten, während es zum 30. Juni 1928 um mehr als 64 Prozent waren. Die daraus resultierende Lohnsteigerung muß sich schon im Jahre 1927 auch in den Geldleistungen der Krankenversicherung ausgewirkt haben.

Die Statistik für das Jahr 1928 wird hoffentlich auch solche Daten enthalten, welche die für uns besonders wichtige Entwicklung der Löhne genauer beleuchten. Der kleine Ausschnitt aus dem überaus reichen Material der Statistik für das Jahr 1927, der hier gegeben werden konnte, zeigt aber, daß auch diese Veröffentlichung volles Interesse aller Beteiligten verdient. Und das sind nicht nur die Beamten der Sozialversicherungsinstitute, sondern vor allem die versicherten Arbeiter selbst.

m. b.

Rückläufige Bewegung der französischen Kommunisten.

Folge: Noch schärferer Kampf gegen die Sozialdemokraten.

Im „Populaire“ zitiert der Generalsekretär unserer französischen Bruderpartei, Paul Joure, die kommunistische „Humanité“, in welcher der derzeit herrschende französische Kommunismehrpriester Thorez den Rückgang der Mitgliederzahl der kommunistischen Partei, sowohl der französischen kommunistischen Partei, als auch der kommunistischen Gewerkschaften feststellt, während gleichzeitig die französische Sozialdemokratie und insbesondere die freien Gewerkschaften dort an Mitgliedern wachsen. Es ist zwar nicht überraschend, aber doch feststellenswert, wie die französischen Kommunisten diesem Rückgang ihrer Bewegung zu begegnen suchen: nicht etwa indem sie sich endlich darauf besinnen würden,

daß ihre Politik bisher schlecht war, sondern indem sie nach neuen Wegen suchen, um, wie der genannte Thorez schreibt, der Sozialdemokratie die Massen zu entreißen.

„Wir werden“, sagt jener, „unsere Politik nicht revidieren, sondern wir werden noch stärkere Argumente gegen die Sozialdemokratie beibringen, um ihr mit größerer Kraft die Arbeiter zu entreißen.“

Erfreulicherweise kann man feststellen, daß unsere französischen Genossen die verschärfte Kampfanzeige der Kommunisten nicht nur nicht zu fürchten brauchen, sondern daß mit einem weiteren Anstieg der französischen Sozialdemokratie und noch stärkeren Verlusten der französischen Kommunistenpartei gerechnet werden kann.

Im Kampf um die „Freie Gemeinde“.

Die Logik der A.B.G.

Immer und immer wieder wird von uns darauf verwiesen, daß die Wahlen in die Gemeindevertretungen politische Wahlen sind und keineswegs einen unpolitischen Charakter haben, wie es unsere Gegner gern darzustellen wünschen. Die Bevölkerung soll auch bei den Wahlen in die Gemeinden demonstrieren, mit welcher Politik sie zufrieden ist, ob mit der Politik der bürgerlichen Parteien, die bestrebt sind, auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung zu wirtschaften, alle Lasten und Ausgaben der Arbeiterschaft aufzubürden, oder aber ob sie die Politik der sozialistischen Parteien wünscht, die darum kämpfen, daß eine Gesellschaftsordnung an die Stelle der heutigen tritt, in der keine derartigen Ungerechtigkeiten und Widersprüche herrschen werden wie sie in der heutigen vorkommen. Es ist uns allen klar, daß die Gemeinden keine gleichgebenden Körperschaften sind, die imstande wären, die bestehenden Gesetze umzuändern oder neue Gesetze zu schaffen, und das Blatt „Der Arbeiter“ braucht nicht zu fragen, warum sich die Sozialdemokraten solche Mühe geben, einen Wahlerfolg zu erzielen, als ob es um Wahlen in die Nationalversammlung ginge. In den Gemeindevertretungen könnte ja nichts geändert werden, heißt es in dem Artikel „Der Kampf um die Gemeindeautonomie“ der „Reichenberger Zeitung“ vom letzten Sonntag.

Als ob die A.B.G.-Gemeinschaft nicht ebenso gut wie wir wüßte, daß das Ergebnis der Gemeindevahlen vom 27. September, auch wenn nur 70 Prozent der Gemeinden wählen werden, aufzeigen wird, ob sich in der politischen Struktur in diesem Staate etwas geändert hat oder nicht und in welcher Beziehung. Glaubt die A.B.G.-Gemeinschaft, die Wählerchaft wird sich dadurch, daß ihr vorgezogen wird, durch Gemeindevahlen könne ja nichts geändert werden, irre führen lassen und auf das Wahlprogramm der Doktor Rosche-Partei hereinfallen? Da wird sie sich aber ganz gewaltig irren.

Das Irreführen scheint nun aber einmal die Absicht der A.B.G.-Gemeinschaft zu sein, denn sonst könnte sie unmöglich das folgende in dem oben erwähnten Artikel behaupten. Nach einer Feststellung, daß beide sozialdemokratischen Parteien in diesem Staate mit der Forderung nach einer freien Gemeinde in den Wahlkampf ziehen, heißt es:

Gemeint ist unter der „freien Gemeinde“ eine Autonomie, ein bestimmtes, möglichst großes Maß von Selbstverwaltungsgewalten, in erster Reihe die Wiedereinsetzung des Zustandes, wie er bestand, ehe noch die neue Gesetzgebung die Rechte der Gemeinden weit hinter das zurückschraubte, was sie seinerzeit in der Monarchie besaßen haben. Es ist traurig, aber wahr, daß man es in der demokratischen Republik, deren Lobpreiser sich gar nicht genug tun können an der Hervorhebung ihrer befreienden Taten, schon als Fortschritt, und zwar als nicht unbedeutenden Fortschritt, empfand, wenn man auf dem sehr wichtigen Gebiete der Gemeindegesetzgebung nur die in der Monarchie bestehenden Rechte wieder erlangen konnte.

Ja glaubt denn die A.B.G.-Gemeinschaft, die in weiterer Folge des zitierten Artikels folgt

behauptet, daß auch sie um die Rückkehr zur freien Gemeinde kämpft, daß ihr jemand auf diesen Schwindel und auf die Irreführung hereinfällt? Daß jemand glauben wird, daß die Sozialdemokratie den Zustand herbeisehnt, in dem sich die Gemeinden in der alten Monarchie befunden haben? Daß die Sozialdemokratie jene reaktionäre, für die Arbeiterschaft so feindliche Zeit herbeiwünscht?

Wenn wir mit der Forderung nach der Freiheit der Gemeinden in den Wahlkampf ziehen, so handelt es sich um keinesfalls um ein rhetorisches Beiwerk, um einen Auspus der Wahlaufrufe, wie es in diesem samojen Artikel heißt, sondern wirklich um eine ernste Forderung. Wir haben vielmehr die bürgerlichen Parteien, die sich diese Forderung anzueignen trachten, im Verdacht, daß sie mit dieser Parole Schindluder treiben wollen und treiben werden. Bereits im Jahre 1927 haben unsere bürgerlichen Parteien gezeigt, was sie von der Gemeindeautonomie halten und sie sind zu Totengräbern der freien Selbstverwaltung geworden. Die Arbeiterschaft hat die Auswirkungen jener Gesetze, die der Bürgerblock im Jahre 1927 geschaffen hat, zu spüren bekommen. Wir wissen bestimmt, daß es den bürgerlichen Parteien nicht ernst ist mit der Forderung nach einer freien Gemeinde.

Was wir Sozialdemokraten unter der freien Selbstverwaltung, unter der freien Gemeinde verstehen, das ist der Arbeiterschaft, das ist unserer Wählerchaft bekannt und wird von ihr gebilligt und gutgeheißen. Die Wahlen in die Gemeindevertretungen am 27. September werden eine Kraftprobe dafür sein. Sie werden den Willen der Bevölkerung kundgeben genau so wie die Wahlen in die Nationalversammlung. Die Geschichte der letzten Jahre hat uns wiederholt gelehrt, daß auch Gemeindevahlen sich auswirken haben auf die politischen Ereignisse in dem betreffenden Staate und diesem Gesetze unterliegt auch die Politik in unserer Republik. Wir haben ein Interesse daran, der Bevölkerung, der Wählerchaft klar zu machen, daß es sich um einen Kampf handelt, der zu Ende geführt werden muß, zu einem glücklichen Ende.

Wir schließen uns der Ansicht des Artikelschreibers an, wenn er seine Ausführungen mit der Aufforderung schließt:

Unsere Ausführungen beabsichtigen nur, die Wähler anzuregen, sich die Versprechungen und Forderungen aller Wahlaufrufe sehr nüchtern anzusehen und vor allem die sogenannten Sälager sehr genau auf ihre Durchführbarkeit und auf ihren wahren Gehalt zu prüfen.

Wenn wir uns die Wahlprogramme der bürgerlichen Parteien anschauen und ihre Versprechungen durchlesen, dann müssen wir uns sagen: das Papier ist geduldig. Wir erinnern uns wohl der Versprechungen, die die Parteien der späteren Bürgerblockregierung im Jahre 1925 gegeben haben. Die Arbeiterschaft in Stadt und Land wird wissen, was sie am 27. September zu tun haben wird. Sie wird Abrechnung halten mit den Totengräbern der freien Selbstverwaltung.

Verlagende Justiz.

Von Walter Lustig.

Das tschechische Richterorgan, die „Zodovosté listy“, hat den Ruf nach einer Richtersveröffentlichung, in dem die Mängel der Strafuntersuchung aufgezeigt werden. Ich möchte die hier schon oft aufgezeigten hauptsächlichsten Uebelstände noch einmal kurz wiederholen: vor allem hat sich in den Jahren des letzten Jahrhunderts ein fühlbarer Einfluß des Staatsanwalts auf die Führung der Untersuchung entwickelt, der heute bereits im Stadium eines ganz unzulässigen Uebergewichts ist und die Rolle des unabhängigen Untersuchungsrichters zunungunsten des beamteten Staatsanwalts sehr beeinträchtigt. Heute ist es nicht mehr der Untersuchungsrichter, der die Schritte der Anklage und Verteidigung lenkt, heute entscheidet praktisch der Staatsanwalt über die Verhängung oder Aufhebung der Haft, womit leider der Sinn des Strafprozesses, der Grundgedanke der Waffengleichheit beider Parteien vereitelt wird; denn unsere Strafprozessordnung ist nach der Ansicht der Wissenschaft auf dem Gedanken aufgebaut, daß mit den alten Vorrechten des Anklägers im Inquisitionsprozeß des Mittelalters und der Neuzeit gebrochen wurde, daß sowohl Ankläger als auch Verteidiger ungefähr mit gleichen Rechten und Pflichten bedacht sein sollen, um die Interessen des Verdächtigen oder Verhafteten auf jede nur mögliche Weise zu wahren. Eine engstirnige undemokratische Praxis, die leider die Justiz fast der ganzen Welt charakterisiert, favorisiert nun den Ankläger in jeder Weise, oftmals direkt gegen das Gesetz und bestrebt sich, nicht die Unschuld des Verdächtigen, sondern gerade seine Schuld nachzuweisen und das mit allen Mitteln, die nur irgendwie erreichbar sind. Da kommt es immer wieder vor, daß man Verteidiger nur schwer zum Angeklagten läßt, da wird die Bestimmung der Strafprozessordnung, wonach ein Verteidiger nur in Anwesenheit des Richters mit dem Angeklagten sprechen darf, oftmals sehr penibel ausgelegt, da wird den Untersuchungsbeamten jede besondere Rücksichtnahme verweigert, sie werden auf Gefängnisdisziplin trainiert, einer Hausordnung unterworfen, dürfen nur ein- bis zweimal wöchentlich Besuche empfangen, die Haft wird also nicht „mit möglicher Schonung der Existenz und der Ehre“ des Verdächtigen durchgeführt. Und das ist es nun interessant, im Richterorgan zu lesen, daß die Richter sich nicht gern zum Amt des Untersuchungsrichters melden und diesen so verantwortungsvollen Posten lieber jungen, ungeschulten Männern überlassen, die sich der Trägheit ihrer Entscheidungen noch nicht bewußt sind; sowohl in Prag als auch in der Provinz werden die neu einrückenden Richtersamtsamter zu Untersuchungsrichtern gemacht, ihrer Unerfahrenheit wird die Entscheidung über die Freiheit eines Menschen überlassen. Nun soll damit nicht gesagt sein, daß nur ältere Richter genügend Qualifikation für das Amt des Untersuchungsrichters haben; immerhin wird ein älterer Richter mit mehr Veredlung die Stichhaltigkeit mancher Beiduldigung überprüfen können, gewiß aber ist es bedenklich, wenn Jugend als solche den Antworter für das verantwortungsvolle Amt qualifiziert.

Und noch ein weiteres ist es, was die Strafuntersuchung unzureichend macht: die Arbeitsüberhäufung, von der sich der Laie keinen Begriff machen kann. Der einzelne Referent erledigt täglich ein Duzend „Fälle“, kann er sich da noch individuell in die Materie vertiefen, wie es z. B. am letzten Kriminalistenkongreß in Prag mit viel wissenschaftlicher Gründlichkeit verlangt wurde? Viel an der Justizkrise ist durch die Arbeitsüberhäufung verschuldet; jeder Mensch hat Herzen, hat nur einen Kopf und ein Hirn zum Denken; der Richter aber soll keine Herzen haben, soll seine Gedanken viele, viele Male im Tag wenden und in neue Bahnen lenken. Das ist natürlich unmöglich; aus dem individuell zu behandelnden Fall wird eine lästige Nummer, der man sich so schnell wie möglich zu entledigen hat, aus dem Richter-Menschen die Paragraphenmaschine aus Not.

Und noch ein drittes Uebel quält den willigen Richter: der Uebelreifer der Staatsanwälte, die geradezu unglaubliche Anklagen erheben: wagt es jemand, einen Polizisten bei seiner Amtshandlung zu fragen oder mit Worten zu widersprechen, flugs arbeitet der Staatsanwalt mit Par. 81; wenn ein Betrunkenener sich am Knopf des Mimosenwachmanns festhält, dann trifft ihn sogleich der Bannfluch des Par. 81; und wagt es gar jemand, der freundlichen Aufforderung des demokratischen Ruhehalters zu widerstehen, kann fast der Raum einer kurzen Seite nicht mehr die Verbrechen, die auf Grund der gewährtesten Freiheiten begangen wurden. Sowie eine Sache politisch angehaucht ist, entscheidet der Staatsanwalt souverän über den Häftling; politisch ist aber nicht nur der normale Arbeiterprozeß, sondern vielmehr noch der Prozeß gegen „Einfugreiche“; und deshalb wenden sich die alten Richter vom Untersuchungsamt! Und das sind die Fehler, die ausgemerzt werden müssen, soll das Vertrauen des Volkes wiederkehren.

*) Statistika nemocného požívání za rok 1927. Česká lékařská společnost sociální pojišťovna. 3. Proje 1931. Mit deutsch- und französischer Uebersetzung.

Tagesneuigkeiten

Probleme der heutigen Gesellschaft.

Wenn man sich einbildet, daß die heutige Gesellschaft keine Sorgen hat, so irrt man sich aber ganz gewaltig. Große Probleme sind es, mit denen sie ringt, die in den bürgerlichen Zeitungen durchbesprochen werden und die beweisen, wie notwendig und gottvoll eingerichtet diese heutige Gesellschaftsordnung ist. Während Millionen Menschen nicht wissen, wie sie den Winter durchbringen werden, während Millionen Arbeiter nicht wissen, wie sie den Lebensunterhalt für ihre Familien verschaffen sollen, sorgt man sich auf der Seite der Besitzenden und Latiten darum, wie man sein Geld am besten losbringt. Die nachstehende Notiz, die wir dem Dr. Rosche-Blaß, der „Reichsberger Zeitung“, vom 13. d. M. entnehmen, zeigt das:

Wieviel sich eine Dame ihre Schönheit kosten läßt. Nächste Zahlen und der unerwägbar große weislicher Schönheit scheinen auf den ersten Blick nicht zu einander zu stimmen. Und doch läßt sich fast auf Heller und Pfennig angeben, was sich die Dame jährlich die Erhaltung ihrer Schönheit kosten läßt. Die Leiterin eines Schönheits salons im Londoner Westen hat diesen durchschnittlichen Betrag für die mondäne Dame mit 2400 Mark (etwa 20.000 K) angegeben. Diese Summe liegt um vieles höher, als die noch vor zwei oder drei Jahren von der Damenwelt zur Pflege ihres Reizes aufgewandte. „Die meisten unserer Kundinnen“, so erzählte die Schönheitsdozentin, „sind Engländerinnen. Manche unter ihnen kommt dreimal in der Woche zur Gesichtsbehandlung und Massage des Halses, der Arme und der Schultern und gibt dafür sowie für die Anschaffung der erforderlichen Hautpflegemittel 200 Mark monatlich (1600 K) aus. Am meisten aber wenden unsere amerikanischen Kundinnen auf. Sie legen das Hauptgewicht auf körperliche Übungen und nehmen Gymnastik-Kurse, vor denen die Engländerinnen meist absehen, weil sie sich viel in freier Luft bewegen.“ Die Inhaberin eines anderen Schönheits salons Londons, dessen besondere Spezialität türkische und Wachsäder sind, erzählt, daß viele Damen einen großen Teil des Tages bei ihr zubringen. „Sie beginnen gegen Mittag mit einer Stunde im Gymnastikraum. Dann ruhen sie eine Stunde, bevor sie eine leichte Massage einnehmen. Darauf folgt eine Behandlung des Gesichts oder Haaronulation und Maniküren, bevor sie noch einmal eine halbe Stunde der Gymnastik widmen. Diesen Übungen unterziehen sich die Damen regelmäßig und geben zwischen 40 und 60 Mark wöchentlich (320 bis 480 K) dafür aus.“

2400 Mark, d. i. nahezu 20.000 K, braucht eine mondäne Dame jährlich dazu, um ihr Gesicht in Ordnung zu bringen. 60 Mark, d. i. nahezu 500 K, wöchentlich verwendet eine Dame der Gesellschaft dazu, um ihren Körper zu stärken. Wieviel hat eine Arbeiterfamilie zum Leben in derselben Zeit? Gar nicht zu denken an die Arbeitslosen, die überhaupt nicht wissen, wovon sie leben sollen.

Aber die heutige Gesellschaft hat noch ganz andere Sorgen. In derselben Nummer der oben genannten bürgerlichen Zeitung finden wir eine andere Notiz, die uns zeigt, daß die Wirtschaftskrise wirklich eine böse Erscheinung ist, die es mit sich gebracht hat, daß die armen Fabrikanten und Bankiers nicht einmal mehr ihre Trüffel auf den Tisch bekommen. In demselben Blatte lesen wir:

Trüffel-Dämmerung. In einer der Industrien, auf die Frankreich besonders stolz war, ist eine Krise ausgebrochen, nämlich im Handel mit Trüffeln. Die Ertragsnisse dieses von allen Feinschmeckern so hoch geschätzten Pilzes, der in der gallischen Hochkunst eine große Rolle spielt, werden immer geringer, denn seit dem Kriege wird von den Bauern die Trüffeljagd vernachlässigt. Hohe Jölle stehen der Ausfuhr der Trüffel entgegen, und die Vereinigten Staaten sind jetzt das einzige größere Land, das die Trüffel noch nicht mit Gebühren belegt hat. Eine andere Ursache ist die allgemeine Wirtschaftskrise, deren Sparmaßnahmen nur noch wenigen Gläubigen gestatten, sich an dieser kostspieligen Köstlichkeit zu erlaben. Auch für die Herstellung der Gänseleberpasteten werden nicht mehr so viel Trüffel gebraucht wie früher, denn die Trüffelpaste gehört ebenfalls zu den Lederbissen, die nur noch wenige erschwingen können. Im Departement Ardennes, in dem man das Rüssen der Gänse in großen Maßstäben betreibt und wo die besten französischen Gänselebern erzielt wurden, hat man das Gänsefleisch fast ganz aufgegeben, weil die Herstellung der Pasteten wegen des geringen Absatzgebietes nicht mehr genügend Gewinn abwirft.

Diese Sorgen der bürgerlichen Gesellschaft können wir so recht nicht verstehen. Wir sind so eben auch nur arme Proletarier, die für so etwas das richtige Verständnis nicht aufbringen können. Aber das eine ist uns klar: daß es eine Ungerechtigkeit sondergleichen ist, daß es eine Gesellschaftsordnung gibt, in der die überwiegende Mehrheit hungert und darbt, während eine verschwindend kleine Minderheit in Saus und Braus lebt und das Vermögen, das durch der anderen Fleiß und Arbeit geschaffen wird, verbrät und vergendet. Und noch eines ist uns auch klar, nämlich daß diese Gesellschaftsordnung, die solche Widersprüche aufweist, beseitigt werden muß, um einer anderen Platz zu machen, in der Gerechtigkeit herrschen wird. P. Z.

Petroleum unter Grundrecht.

Die Jagd nach dem „schwarzen Gold“ von Texas — Jantis und Rigger im Selbstverderben — Wilde Bodenspekulation — Ueberproduktion und Preissturz.

New York, Anfang September. (Fig. Br.) In den Bezirken mehrerer führender Petroleumfelder von Ost-Texas kam es zu Unruhen. An vielen Orten wurde Feuer angelegt. Die Regierung verhängte das Grundrecht, ordnete die Schließung von mehreren Selbstbetrieben an und ließ diese Betriebe durch Kavallerie und Artillerie besetzen. Einige der Betriebe wurden nach einigen Tagen wieder eröffnet, blieben aber trotzdem unter militärischer Bewachung. Die Oelproduktion von Ost-Texas wurde von 700.000 Barrels auf 270.000 Barrels herabgesetzt.

In gemäßigten Sprüngen hat sich die Oelproduktion der Vereinigten Staaten von Nordamerika vermehrt. Die Oelförderung der letzten Jahre weist ganz erstaunliche Zahlen auf. 1913 betrug noch der Förderdurchschnitt pro Monat 20.704.000 Barrels. (Ein Barrel = 158,98 Liter.) 1921 produzierte man schon 39.137.000 und im Jahre 1930 etwa 79.144.000 Barrels. Dabei wird angenommen, daß von den vorhandenen Oelreserven auf dem Gebiete der Vereinigten Staaten bisher nur 17,7 Prozent angebeutelt worden sind.

Die springhafte und rasche Aufwärtsbewegung der Oelproduktion wurde im Besonderen durch die Erschließung der neuen Oelfelder in Ost-Texas gefördert. Es sind die größten Petroleumvorkommen der Erde. Die dortigen Oelquellen sind von ganz unerhörter Ergiebigkeit. Noch im Januar dieses Jahres wurden die meisten Petroleumfelder von Ost-Texas als „potentiell“ gewertet, heute haben sie Springer von einem geradezu sagenhaften Oelreichtum. Vor zwei Jahren gab es dort nur wenige Oelanstalten, die das investierte Kapital gut vergalteten. Heute liefern die Petroleumquellen von Ost-Texas und Oklahoma allein 22.140.000 Barrels der 79.144.000 Barrels betragenden Monatsproduktion der Vereinigten Staaten.

Die Ergiebigkeit dieser Oelfelder hat nicht allein zum Ruin auf die Petroleumquellen, sondern auch zu einem Ruin auf die Preise des Rohöls geführt. Der Preis für Rohpetroleum ist beinahe um sieben Prozent gefallen. Vor drei Monaten kostete ein Petroleumbarrel einen Dollar, heute zählt man kaum 0,30 Dollar. Aber trotzdem wird unermüdlich weiter nach Oel gebohrt. Jantis, Rigger, Indianer, Farmer, Händler und Handwerker — alle hat das Oelfieber gepackt. Jeder versucht, sich eine Portion des kostbaren Rohöls zu sichern, um den Preis seiner ganzen Habe zu retten. Die Bodenpreise sind um das Fünffache gestiegen. Es herrscht eine wilde Bodenspekulation vor. Selbst auf kleinstem Raume und mit ganz ungenügenden Mitteln wurde nach Oel gebohrt, die Leitungen reihen sich wie Säume aneinander. War ein Brunnen erschört, dann ver-

suchten die Nachbarn sofort, den Delflug abzugipfen. Dabei folgte jede gründliche und erfolgversprechende Bohrung janzigtausend Dollar.

In den letzten vier Monaten des Oeljahres sind in Ost-Texas nicht weniger als 87 Brunnen erschört worden. Die riesigen Mengen Petroleum ausströmen. Der Ertrag der Bohrungen ist weitaus höher als in den besten Zeiten des kalifornischen und mexikanischen Oelraums. Und man schätzt die Lebensdauer der Brunnen, bei voller Ergiebigkeit, auf mindestens vier Jahre.

„Das Negro“, schwarzes Gold, nennen die dort ansässigen Indianer das Petroleum. Aber zum Unterschied vom Goldfluchen kann auf die Tauer das Oelbohren nicht ohne genügend Kapital durchgeführt werden. Große, sichere Anlagen und besondere Transportanlagen mit oft laufende von Kilometern langen Oelleitungen zur Küste hin müssen unterhalten und ausgebaut werden. Die lobende Bewertung der Oelreserven erfordert besondere Betriebe und Raffinerien. Nur in großangelegten Oelbetrieben lohnt sich auch die Produktion bei niedrigen Preisen. Die gegenwärtig in Ost-Texas geübte Methode des wilden Oelbohrens mußte zu gewaltiger, nicht verwertbarer Ueberproduktion und zu diesem Preissturz führen, dessen Kumpen nur die großen Oelgesellschaften sein werden, die den Kleinbohrer wiederankarieren.

In das Gebiet der Quellen von Ost-Texas ist bereits eine der größten inneramerikanischen Oelkompanien eingedrungen und hat durch ihre Maßnahmen nicht zuletzt das Vorgehen der Regierung bedingt. Es ist die neue „Associated Petroleum Corporation“, hinter der die großen Firmen der „Exclair Oil Corporation“, „The Water Associated Oil Corporation“, „Prairie Oiland Gas Co.“ und andere stehen, die allein über ein Aktienkapital von rund 1000 Mill. Dollar verfügen.

Die aggressiven Maßnahmen der Regierung, die zur zwangsweisen Drosselung der Oelproduktion geführt haben und die Stilllegung zahlreicher Betriebe erzwangen, sind nicht allein aus kriminellen Vorurteilen in diesem Gebiete zu erklären. In den Südstaaten von Texas und Oklahoma basiert der Staatshaushalt auf dem Erlös aus der Oelsteuer. Der Ruin auf die neuerschlossenen Petroleumgebiete, die anarchoistische Produktion und als natürliche Folge die ausbreitende Rohölflutung mit nachfolgendem Preissturz, brachte einen so großen Ausfall der Oelsteuer, daß sich die Regierung gezwungen sah, diese Maßnahmen zu ergreifen, sollte das Budget nicht endgültig erschüttert werden. Das Parlament des Staates Texas hat bereits eine Reihe einschneidender Gesetze zur Beschränkung der Oelproduktion erlassen und die Kommendanten der Bezirke zu schärfsten Maßnahmen gegen die wilde Produktion ermächtigt.

Anglückschronik vom Sonntag.

Kumburg, 14. September. Sonntag nachmittags ist in Großschönau in der scharfen Kurve beim Deutschen Hause ein mit drei Personen besetztes Motorrad beim Ueberholen eines Motorrades mit Anhängerwagen in rasendem Tempo in den Straßengraben gestürzt. Die drei Fahrer wurden von ihren Sigen weit weggeschleudert. Während der Lenker und die rückwärts sitzende Person mit nur leichten Verletzungen davonkamen, wurde der in der Mitte sitzende Karl Müller aus Großschönau gegen einen Baum geschleudert und blieb mit einer starkblutenden Stirnwunde bewußtlos liegen. Kurze Zeit nach dem Unfälle starb der junge Mann im Spital. Der Lenker und der Begleiter des Motorrades wurden in Schutzhaft genommen.

Nürnberg, 14. September. In Buch bei Nürnberg stieß heute früh ein Postkraftwagen mit einem Möbeltransportauto zusammen, wobei vier Personen getötet wurden. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Rain, 14. September. Auf einem Bahnübergang der Bahnstrecke Bodenheim-Mühl wurde ein mit 16 Fahrgästen besetztes Gesellschaftswagen von einem Personenzug erfasst, wobei drei Insassen schwere und neun leichtere Verletzungen erlitten.

Sille, 13. September. Die Automobilkennzeichen in Pommern nahmen einen unglücklichen Verlauf. Ein Kennzeichen fuhr in die Juchauer, wobei ein Kind auf der Stelle getötet und 13 Personen verletzt wurden.

Hamburg, 13. September. Nach Beendigung des heutigen Segelfluggages auf dem Hamburger Flughafen Jubiläum ereignete sich ein schweres Unglück. Gegen sieben Uhr abends startete der Pilot Koff mit einem Sportflugzeuge des Hamburger Vereines für Luftfahrt mit einem Passagier. Der Pilot nahm in etwa 25 Meter eine Kurve zu kurz und stürzte steil ab. Der Passagier war auf der Stelle tot, der Pilot starb kurze Zeit darauf.

Erdbeben auf Cuba.

60 Häuser eingestürzt.

Athen, 14. September. Fast den ganzen gestrigen Tag hindurch wurden auf der Insel Cuba weitere starke Erdschütterungen verspürt, insbesondere in der Gegend von Vimin. Die Bewohner haben ihre Behausungen verlassen und kampieren unter freiem Himmel. Die Gesamtzahl der eingestürzten Häuser beträgt 60. In der Gemeinde St. Anna ist die Kirche ein-

gestürzt. Das Rote Kreuz hat eine Anzahl von Zelten in die betroffenen Orte entsandt. Das Athener Observatorium ist der Meinung, daß das Erdbeben keinen gefährlichen Charakter haben werde.

Windhose über Temesvar.

Vier Tote und viele Verletzte.

Bukarest, 14. September. (Radur.) Ueber die Stadt Temesvar ging heute eine überaus heftige Windhose hinweg, die große Schäden verursachte. Vier Personen kamen hierbei ums Leben, viele wurden verletzt.

Attention auf einen Richter. Aus Gaborzug wird uns berichtet: Auf dem hiesigen Bezirksgericht kam es während einer Verhandlung, welcher der Richter Dr. Hermann Koflov vorlag, zu einer aufregenden Szene. Als Dr. Koflov das Urteil über den Angeklagten aussprach, ergab der Delinquent das auf dem Richtertisch stehende Urteilsbuch und schleuderte es mit voller Wucht Dr. Koflov ins Gesicht. Dem Richter wurde ein Brillenglas zertrümmert; außerdem erlitt er eine Augenverletzung und eine Wunde am Jochbein. Der Richter wurde selbstenommen.

Nach durchzechter Nacht. In Philippdorf, dem bekannten Wallfahrtsort, kam es Sonntag morgens zu einer wüsten Wasserstecherei, bei der ein Toter und zwei Schwerverletzte am Platz blieben. In zwei Philippdorfer Schankstätten hatten mehrere junge Burden aus dem benachbarten Georgswalde die Nacht durchgezogen. Aus bisher unbekanntem Grund gerieten sie dann in einen Streit, der in eine schwere Messerschere ausartete. Der 21 Jahre alte Egidius Ueber aus Georgswalde erlitt einen Herzstich und war auf der Stelle tot, der 20 Jahre alte Arthur Schnerl und der 19 Jahre alte Johann Köllig erlitten schwere Stichverletzungen am Unterleib und am linken Arm. Die Wundmarie erliefen sofort am Leortie und nahm fünf der beteiligten jugendlichen Erzedenten in Haft. Der Hauptverdacht richtet sich gegen einen gewissen Heinrich Hofeld aus Philippdorf. Der eigentliche Grund der schweren Messerschere ist bisher nicht bekannt.

Neuer Schnelligkeitsweltrekord. Am Sonntag wurde in der Merenge The Solent bei der Insel Wight die Konkurrenz um den Schneiderpokal ausgetragen. Das sonnige Wetter hatte eine große Zahl von Zuschauern angelockt. Um 13 Uhr 11 startete Ventana Boothman auf dem Hydroavion Vidars Supermarine. Er legte die 217 Meilen lange Strecke in 38 Minuten 22/3 Sekunden bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 340,8 Stundenmeilen (548,35 Km.)

Jeder, der Kinder beobachtet hat, weiß, daß die selben am besten in der Gesellschaft von ihresgleichen erzogen werden; ihr Gesellschafts- und Nachahmungstrieb ist sehr lebhaft. Insbesondere nehmen die Kleinen die Größeren gern als Vorbild und Beispiel an und folgen diesen mehr als den Eltern. Diese Eigenschaften können mit Vorteil für die Erziehung ausgenutzt werden.

August Bebel in „Frau und Sozialismus.“ Unterstützt die sozialdemokratische Erziehungsorganisation, die „Kinderfreunde“ bei ihrer Werbeaktion im September!

jurid und stellte damit für den Wettbewerb einen neuen Rekord auf. Der Schneiderpokal wurde damit sofort für England gewonnen. Nach dem Wettbewerb um den Schneiderpokal stellte Riegerleutnant Stahlfors auf einem Hydroavion mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 346,1 Stundenmeilen (557,29 Km.) einen neuen Weltrekord auf.

Mord an einem Ehepaar. In Hietbrunn (Kreis Oshersleben) wurden Montag früh die Eheleute Klump im Bett erschossen aufgefunden. Man nimmt an, daß der Mord bereits in der Nacht vom Samstag auf Sonntag verübt worden ist. Nähere Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Unter die Räder gekommen. Sonntag nachmittag erlitten der tschechoslowakische Eisenbahner Stanislaus Schrawalka aus Gmünd am Wiener Franz Josefs-Bahnhof, um mit einem Bekannten den Zug um 16.15 Uhr zur Heimkehr zu benutzen. Dabei pländerten die beiden am Perron und bemerkten nicht, daß die Türen bereits geschlossen und der Zug bereits im Rollen war. Während der Fahrt sprangen beide auf und Schrawalka stürzte zwischen zwei Waggons auf das Geleise. Er wurde überfahren und mit schwersten inneren Verletzungen geborgen, doch verschied er noch vor Eintreffen der Rettungsgesellschaft.

Das verhängnisvolle Streichholz. Die Untersuchung über die schwere Fluggesellschafts-Katastrophe, welcher am 19. April d. J. die italienischen Zoonflieger Maddalena und Cecconi zum Opfer fielen, hat als wahrscheinlichste Ursache die Explosion durch Entzünden eines Streichholzes ergeben. Die Flieger befanden sich bei ihrem Fluge über Pisa in einer geschlossenen Kabine, in der sich offenbar Beizungase angesammelt hatten. Einer der Flieger dürfte aus unbekannter Ursache ein Streichholz entzündet haben, wodurch die angesammelten Gase zur Explosion gebracht worden sein dürften. Die Explosion hatte dann den Flugzeugabsturz und den Abbruch zur Folge.

Zur Wirbelsturm-Katastrophe in Belize wird noch gemeldet: Unter den Toten befinden sich zahlreich Jünglinge des Jesuitenkollegiums, das nach Angaben von Augenzeugen wie ein Krankenhaus zusammenbrach. Viele Weiber sind geborgen worden; aber die Behörden haben nunmehr beschlossen, die Zimmer in Brand zu stecken, um den Ausbruch von Seuchen zu verhindern. Der stehengebliebene Teil der Stadt hat kein elektrisches Licht mehr, da die drei Meter hohe Masten, die sich über das Land ergoß, auch in das Elektrizitätswerk einbrang. Amerikanische Segelflugzeuge sind mit Aetzen und Redimenten eingetroffen, auch der amerikanische Minenlader „Dwon“ leistet Beistand. Wie ungewöhnlich stark der Tornado gewesen ist, kann bereits daraus geschlossen werden, daß der Dampfer „Columbia“, der aus Panama unterwegs war, durch die Ausläufer des Tornados erlitt und gegen Felsklippen bei Margaritais in Südkalifornien geschleudert wurde. Sämtliche Reisenden und die ganze Besatzung wurden durch einen Dampfer gerettet, der, nachdem er die Hilfsignale der „Columbia“ gehört hatte, zu Hilfe geeilt war. Wie aus Verobach auf Florida berichtet wird, ist ein Flugzeug mit drei Journalisten an Bord, die Photographien des verwüsteten Gebietes auf Honduras bei sich hatten, abgestürzt, wobei alle drei ums Leben kamen.

50.000 Dollar Steuern. Die Filmschauspielerin Maria Davies hat an die Regierung der Vereinigten Staaten 50.000 Dollar zu wenig gezahlte Steuern abliefern müssen.

Kalpatia unter den Ostimos. Ein kanadisches Gericht sprach einen Ostimo von der Raffins-Insel wegen Mordes an einem Lagerverwalter frei. Der Lagerverwalter Neafoteah, selbst ein Ostimo, war von einem Missionar als Einziger zum Christentum bekehrt worden. Er nützte nach dem Fortgang des Missionars seine Stellung und sein Ansehen unter seinen Landsleuten nach der Art des russischen Bundesmonarchen Kalpatia aus, indem er den Kreis seiner Gläubigen in Ostimo verlegte und die Frauen unter der Vorgabe, Wasser zu tun, in seinen Bann zwangte und sich gefügig machte. Als er auch vor der Frau seines besten Freundes Rotah nicht halt machte, erwiderte ihn Rotah und befreite so seine Stammesgenossen von einer furchtbaren Geißel.

Vom Rundfunk

Empfehlungswertes an den Programmredaktoren.

Prog: 11.30 Schallplatten. 17.00 Schallplatten. 18.25 Deutsche Sendung. Scholz: Märchenvorlesung; Arbeiterkundung; Dr. Karl Schwel (Wag). Soziale Einblicke aus Norwegen und Spitzbergen. 20.25: Orchesterkonzert. 21.00 Siederkonzert. 21.30 Violakonzert. — **Bräu:** 17.45 Schallplatten. 18.25 Deutsche Sendung; Dr. W. Brägel: Was wurde zur Deutung der Wirtschaftskrise getan? 21.00 Populäres Orchesterkonzert. — **Vertik:** 16.30 Opernkompositionen (selbstn. Kammermusik. 21.10 Sinfoniekonzert. — **Breslau:** 17.30 Sinfoniekonzert. — **Hamburg:** 20.00 Orchester Sinfoniekonzert. — **München:** 19.30 Chor-Konzert. — **Wien:** 17.00 Sinfoniekonzert.

Gerichtssaal

Ein verrückter Ueberfall.

Bergwerksgeld eines Jugendlichen.
Ein sympathischer Freispruch.

(Eröffnung der Schwurgerichtsperiode.)
Freitag, 14. September. Das Schwurgericht hat seine Herbstsitzung begonnen. Die 17. Sitzung dieses Jahres und umfasst 17 zum Teil sehr schwere Fälle. Geöffnet wurde sie mit einer Anklage wegen versuchten Raubes gegen den Währigen Sten. Oerwenka. Die Verhandlung leitete Kreisgerichtspräsident Binkart persönlich.

Am 6. Juni d. J. war die Milchhändlerin Kubers bei Artich auf offener Landstraße um die Mittagzeit von dem Angeklagten überfallen worden. Als sie, mit der Tageslohnung von 300 K in der Tasche, auf ihrem Wagen heimfuhr, schwang sich plötzlich der Täter auf den Karren und presste ihr einen Battebauch mit Chloroform und Spiritus vor den Mund. In der Annahme, daß sie dadurch in Ohnmacht fallen würde, gleichzeitig suchte er sich der Tasche zu bemächtigen. Die sehr kräftige Frau aber wehrte den schädlichen Versuch ohne große Mühe ab. Er wurde verhaftet und gefangen ohne weiteres alles ein, denn auch einen Obstdiebstahl (der Wert beträgt 7-8 Kl), den er mit 50 K gutzumachen versuchte. Motiv der Tat: Hunger! Er war arbeitslos und wußte sich keinen Rat.

Jetzt schon die Durchführung der Tat, daß es sich um keinen Berufsverbrecher handelt, so verlor sich dieser Eindruck noch durch das geistige Geständnis des Verhafteten. Vermutlich das Resultat von Schundliteratur ist z. B. der fiktive Einfall, einen Menschen mit Chloroform betäuben zu können. Der Staatsanwalt modifizierte denn auch die Anklage in diesem Punkte und legte das Hauptgewicht nunmehr nicht auf die Betäubungsabsicht, sondern auf die Gewaltanwendung (als welche auch die Betäubung anzusehen ist) zu dem geschlichen Tatbestand unbedingte gehört, beantragte der Verteidiger die Vernehmung von Sachverständigen über die Möglichkeit, mit diesen Mitteln Betäubung herbeizuführen und protestierte gegen die Modifizierung der Anklage. Nach längerer Beratung lehnte jedoch der Gerichtshof diesen Sachverständigenbeweis ab, weswegen der Verteidiger sich die Richtigerklärung für sich vorbehielt.

Der Angeklagte ist bisher unbescholten und besitzt guten Ruf. Er ist gelernter Mechaniker und Ungere Zeit ohne Posten, so daß er großen Hunger litt. In seiner absoluten Notlage ließ er sich zu dem eben so kindischen als verwerflichen Entschluß hinreißen. In Betracht kommt noch, daß er als verlassenes Kind keine geregelte Erziehung genossen hat. Betreut hat ihn der heute 70jährige Großvater, so gut es eben möglich war. Der alte Mann, als Junge geliebt, hat nicht auslassen zu müssen und versucht, beim Weggehen seinem Enkel die Hand zu reichen, was aber den Vorwürfen widerspricht und von dem Aufseher eifrig verhindert wurde.

Nach dem ebenso schlichten als wirkungsvollen Vortrage des Verteidigers Dr. Tsjura, der darauf hinwies, daß es die vornehmste Aufgabe der Justiz sei, zu helfen, und nicht bestrafungsfähige Menschen zu vernichten, verneinten die Geschworenen mit allen zwölf Stimmen die Schuldfrage auf versuchten Raub, während der erwähnte Obstdiebstahl, der gleichfalls miteingeklagt war, mit nur sieben Stimmen bejaht und die erforderliche Achtstimmigen Mehrheit also nicht erreicht wurde. Der Angeklagte wurde demnach freigesprochen und sogleich in Freiheit gesetzt. Bei Verkündung des Urteils brach er in Tränen aus und dankte dem Vorsitzenden und den Geschworenen für ihre Güte. Präsident Binkart gab ihm noch eine ebenso eindringliche als menschlich-warme Mahnung mit und mit ihm übereinstimmend, daß das Besserungsverprechen des jungen Menschen aus ganzer Seele kam.

Reicht man abzumachen, ob die Namen der menschlich-denkenden und richtenden Geschworenen in der reaktionären Presse wieder einmal an den Pranger gestellt werden, ist abzuwarten.

Die Informationen Striktrngs.

Freispruch eines Verdächtigten.

Freitag, 14. September. Von einem Verurteilten unter Vorsitz des Kreisgerichtspräsidenten Binkart fand die Berufungsverhandlung in der Strafsache gegen den Beamten des tschechischen Freyhäus Anton Sajman statt. Dieser war seinerzeit nach dem Karlsruher Urteil angeklagt worden u. zw. anfänglich der bekannten „Expofee-Angelegenheit“. Bekanntlich war der Text eines Expofees des Angeklagten Dr. Senes vorgelegt von der Striktrngs-Presse publiziert worden und man beschuldigte den Beamten des tschechisch-polnischen Freyhäus, den Text vorzeitig der Redaktion des „Volodni List“ überbracht zu haben. Er wurde vor dem höchsten Bezirksgericht nach obgenanntem Befehl zu 90 K Geldstrafe verurteilt. Sowohl Angeklagter als Berufteiler legten Berufung ein und vor der zweiten Instanz wurde nach nochmaliger Prüfung des Tatbestandes das erste Urteil aufgehoben und der Angeklagte freigesprochen. Auch der seinerzeitige Leiter des Freyhäus Oerwenka erschien als Zeuge. Das Berufungsgericht erklärte, zu einer Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten nicht gelangen zu können, da die Angaben zum Nachweise derselben nicht ausreichten.

Amsterdam, das nordische Venedig.

„Amsterdam! Zentralstation!“ So, da wären wir in der großen See- und Handelsstadt! Nachdem ich dem hastenden Getriebe der Bahnstrecke entronnen, verweile ich erst ein paar Minuten vor dem Portal, um all' die auf mich einströmenden fremdartigen Eindrücke geordnet in mich aufnehmen zu können.

Vom Bahnhof wird der Blick des Beschauers gefangen durch den imposanten Kuppelbau der Sint Nikolaaskirche. Dahinter, soweit der Blick reicht, Hafenanlagen, belebt durch das Kommen und Gehen ungezählter Wasserfahrzeuge. Mit Ausnahme größerer Ueberseesdampfer sind so ziemlich alle Schiffstypen vertreten. Da liegen schwerfällige Schuten (Grachtflöße) aus allen Teilen des Landes, wie auch aus dem rheinisch-westfälischen Kohlengebiet und vom Oberrhein, aus deren plumpem Rande die verschiedensten Güter gewunden werden: Tabak, Käse, Wehl, Kohlen, Holz, kurz alles, was so den Lebensbedarf der 750.000 Einwohner bildet. Kleine, aber starkgebaute Schleppdampfer prallen und saugen unter dem stählernen Jügel von drei, vier, ja sechs der schwerbeladenen Frachtschiffe, meistjüngstschlossene Fracht- und Passagierdampfer kleineren Kalibers glühend prunelnd in der noch prallen Sonne.

Rechts vom Bahnhof daselbe Bild und auch Geradeaus, das Damsal entlang, zieht ein breiter Strom, um sich jedoch nach kaum 200 Meter an einem riesigen Gebäudekomplex totzuliegen. Schon der wichtig-santige Zill dieses massiven Kolosses deutet auf die Wichtigkeit seiner Bestimmung hin: es ist die „Beurs“ (Börse). Bevor ich mich jedoch mit dem Menschenstrom dem Stadtturm zutreiben lasse, möchte ich mir erst einmal das „X“ ansehen, jenes gewaltige, in Form eines „Y“ (Sprich: Gh) angelegte Hafenbecken, welches wohl jedem deutschen Rinde aus des guten alten Peter Hebel's „Kannitverstan“ bekannt ist. Vor dem Bahnhof stoppe ich in die Rundbahn der Tram — und erlebe eine ganz gewaltige Ueberraschung: Auf ein Knöpfchen (3 Cent) erhalte ich — 24 Cent zurück; auf meine verblüffte Frage bestätigt der Konduktent, daß der „rit“ mit der Rundbahn tatsächlich einen Cent — einen Cent — kostet. Na, das läßt sich ja gut an; wenn hier alles so „goodkoop“ ist — mich soll's freuen!

Doch soll man den Tag nicht vor dem Abendrot loben, das bestätigt sich auch hier: denn diese unglaublich billige Rundbahn umkreist nicht etwa Amsterdam, sondern nur — seinen Zentralbahnhof, so daß, wer nicht schwindelfrei ist, nicht der Kuriosität halber ein „Knoarje“ in einem Zug abfahren sollte. Die hinter dem Bahnhof liegende Straße wird schon vom „Y“ begrenzt. Dieser Brennpunkt des amsterdamschen Schiffverkehrs, etwa von der Breite des untern Rheins, ist von mehreren und größeren Schiffen belebt: da liegen die Fracht- und Frachtboote, die den Verkehr mit dem Binnenlande vermitteln, weiter oben wartet eine Fischerflotte auf gut Wetter zur Ausfahrt. Die schmalen Wimpel auf den hohen, schlanken Masten flattern im Morgenhauch wie ein Schwarm fliegender Habichte über einem lahlen Lammengelb. Vom jenseitigen Ufer, wo in den Docks einige Oceanriesen liegen, erinnerte das Knattern pneumatischer Röhren an fernes Trommelfeuer ungeliebter Angelegenheit.

Nach Süden zu zieht sich eine Hafenanlage nach der anderen dahin, im Westen schon die Schiffslinie andeutend — Surinamfode, Botnefode, Sumatrafode usw. Den Verkehr mit dem andern Ufer vermitteln in Abständen von wenigen Minuten eine Anzahl von Pontonfähren, welche je etwa ein Dutzend Autos aufnehmen und die mit ihrem Preis für Fußgänger die Rundbahn noch übertrumpfen. Die Ueberfahrt ist für Fußgänger frei. — Ueber Nyflon leben in vier mustergerüst angelegten Pled-

Kunst und Wissen

„Nina“. (Komödie in 3 Akten von Bruno Frank). — Ein Stück, das an den eigenen Problemen achlos vorbeizieht und einen harmlosen Abend gibt, wo man psychologische Gefaltung erwartet. — Diese drei Akte hinterlassen den Eindruck, daß sie von einem kindlich verspielten Menschen in ausfallender Formlosigkeit gehalten wurden. Der Gedankengang ist dem Lustspielchen entnommen: eine schöne, ach, so unendlich schöne Diva ist von ihrem eigenen Ruhm so bedrängt, daß sie fast Wehklagen hat, was sie aber nicht daran hindert, sich für ein lächerlich lässiges Sujet zum neuen Film mit historischer Pracht reiflos zu begeistern. Nina leidet unter dem Heimgang ihres Klame-dastens so, daß sie mit ihrem Gatten Oerwenka — der natürlich auch nicht so ohne ist und etwas mit unverständlichen Bohemien zu tun hat — in ein Landhaus nach München übersiedelt. Neben ihr gibt es dann noch das „Doubie“, ihr Ebenbild, 30 RM. Tageslohn, das sich für sie die Knaben strapazieren muß und schließlich ihre Stelle vor der Welt einnimmt, damit die Produktionsfirma nicht alles Geld vergeblich hinausgeworfen hätte. Bruno Frank zeigt nun nicht diese Frauen im Kampf um die Schein-erlöse, er will uns glauben machen, daß die echte Diva viel, viel Herz und Gemüt hat und die andere eine ordinäre Berliner Götzin ist, was man ohnehin vom ersten Moment an weiß; es ist nicht über-taschend, daß sie aus Hollywood mit englischer Gesunkener heimkommt und daß ihr Vorbild schon viel angesehene Bildung hat, ebensowenig scheint es im Charakter des Mannes begründet, wenn er auf den Ruhm des ehemaligen „Doubles“ eifersüchtig wird, nachdem er im ersten Akt seiner Verachtung für den Teufelskinder gehörig Ausdruck gegeben hat und daß diese Regung programmatisch vor dem dapp-zend aussteht, da sich der neugeborene Stier mit dem neuerheirateten Regisseur — der natürlich Nina ge-

lungen annähernd 40.000 Einwohner. Ein Garten-dorf nach dem andern gliedert sich dem Weichbilde der Stadt an, denn gebaut wird hier in großzügig-stem Maße.

Doch die schmutzigen Fassaden der Häuser nicht einmäßig wirken. Ist zum guten Teil dem rige pul-sierenden Strahlenverkehr zu danken. Fast alle Küchenbedarfsartikel werden der Hausfrau täglich an die Türe geliefert. Hier werden die duffigen (Treibhaus-) Kinder Floras dargeboten, dort rast ein fahrender Händler seine Ware aus: das lang-gezogene melodische „Kanaa-bel-jau!“ des Fischhänd-lers wird sich gerufen von dem mitleidigen Schril-len eines Eberenzkleiderobes; fast unentlos tönt der monotoner Ruf des Lumpensammlers, und da-zwischen hindurch schaukeln rasende Lastautos in be-denklich lähnen Kurven. Und auf einmal — heil! — erscheint die große Konzertorgel auf dem Plan und haut den neuesten Schläger herunter. Ist kein „Politie-Agent“ in Sicht, dann räkellern die „Reise“ wohl ein Täuschchen. „Wußt ihr alle!“ lautet die Parole, und ein Amsterdam ohne Stra-ßenmusikanten wäre einfach undenkbar. Raum sind die letzten Orgelnoten in der Ferne verklungen, da bringt ein Harmonikspieler seine — zuweilen vir-tuos gefingerten — Phantasien zu Gehör, aus deren melancholischen Akkorden die ganz verzweifelte Tra-gik eines zu hoffnungsloser Armut verurteilten Menschenherzens zittert. Doch der Mahstrom des Lebens treibt die Menschen weiter, und ehe eine Stunde vergangen, werden die elegischen Gedanken wieder durch die flotten Märsche einer böhmischen Wanderkapelle hinweggeschmettert.

Eine für das amsterdamsche Straßenleben typische Erscheinung ist der „Katsjongen“, welcher mit einer riesigen Anarre (Waldenfel) bewaffnet, das Rufen des Müllwagens ankündigt. „Arre-rrrr-rrrr-rrrr!“ Das infernale Geknatter dringt, wie durch Markt und Weid, so auch durch die driften Mauern bis in die rückwärtigsten Gemächer. — So rollt sich in düster Reihenfolge der interessante Film des Straßenlebens ab und illustriert in anschaulicher Realität treffend den Kampf ums Dasein.

Die Regelung des Verkehrs kann man getrost als vorbildlich bezeichnen: das Benutzen der in ruhigen Schwarz — mit ledernen Zerkermügen — gekleideten „Politie-Agenten“ ist auf den Ton einer ernst-höflichen Sprechweise abgestimmt. — Der weit-berühmte Archipel der Armenstadt mit seinem Ge-wirr von Gassen (Kanaalströken) verleiht dem äußeren Anblick der Metropole seinen ureigensten Ausdruck. — Wenn die letzten Strahlen der fallen-den Nachmittagssonne in goldenen Reflexen auf den Wässern der stillen Gassen fringeln, und wenn sich dazu die dämmerigen in dem unbestimmten Schwarz der Blüten widerspiegeln, dann gibt das Bild von unbeschreiblichem Reiz.

Träumerisch stehe ich auf einer Brücke der Bringsgracht und lauge den unvergleichlich idyl-lischen Anblick tief in mein Inneres ein. Keine Phantasie schweift um Jahrhunderte zurück: zur Zeit der spanischen Besetzung, so um die Mitte des 16. Jahrhunderts herum, muß dieses Bild in großen Umrisen ungefähr dasselbe gewesen sein. Des Abends sah da allerdings die ehrsamten Bürger in friedlichem Blaudent über an- und aufgeregtem Diskurs vor der Bäre, und sonst wurden alle Foh-zeuge in den windfreien Gassen mit der Stange weitergedrückt. Zu dieser idyllischen Zeit wußte das einfache, friedliche Dichten und Fischen wohl noch nichts von den Erregungsfaktoren der Technik: Dampf-maschine und Motor, nicht von Telegraph, Radio und Ku — Ku! — ein großes Spangengestühl, ein über Sprung zur Seite — und ich fühle ernüchert und besesselt wieder in der Wirklichkeit.

Udo Letzere.

Ausgebentete!

Die bürgerliche Presse
Reht im Golde Eurer
Ausbeuter
In die Hand des Ar-
beiters das Arbeiterblatt.

„Am weißen Rößl“ (238-1). — Montag, 7.30 Uhr: „Der Braue“ (234-2).

Wochenplan der Kleinen Bühne. Dienstag, 7.30 Uhr: „Antimitäten“. — Mittwoch, 7.30 Uhr: „Nina“. — Donnerstag, 7.30 Uhr: „Die Spieler“. — Freitag, 7.30 Uhr: „An-timitäten“. — Samstag, 7.30 Uhr: „Nina“. — Sonntag, 7.30 Uhr: „Antimitäten“. — Montag, 7.30 Uhr: „Nina“.

Sport • Spiel • Körperpflege

Ausscheidungs-spiel um die Kreis-meisterschaft für Fußball im VI. Kreise.

KSR. Eger gegen TSK. Falkenau 3:2. Vor mehr als 1000 Zuschauern wurde am Sonntag auf dem Sportplatz in Eger das Ausscheidungsspiel um die Kreismeisterschaft zwischen den genannten Vereinen ausgetragen. Während der regulären Spielzeit wurde der Stand 2:2 erzielt, es mußte zu den scheidungsgemäßen Verlängerungen geschritten werden, erst in der 7. Minute der zweiten Halbzeit kam es zum entscheidenden Tore. Das Spiel war sehr flott, dabei ruhig und fair. In den ersten 15 Minuten waren beide Gegner gleichwertig, dann kam Falkenau mächtig auf, konnte aber nichts erzielen. Aus einem Straßstoße ging Eger in Führung über, der Stand 1:0 für Eger blieb bis zum Schluß der Halbzeit unverändert. In der zweiten Halbzeit griff zuerst Falkenau an, dann war unge-fähr während 15 Minuten Eger ständig überlegen. Falkenau kam aber dann wieder auf und konnte sich hintereinander das Ausgleichstör und ein zweites Tor erreichen und so die Führung an sich reißen. In der 41. Minute gelang es Eger auszu-gleichen. Mit dem Stande 2:2 wurde die normale Spielzeit beendet, es mußten zwei Verlängerungen ange-setzt werden, erst in der 7. Minute der zweiten Hiel die Entscheidung zugunsten von Eger. — Die Würfel sind gefallen, der KSR. Eger ist Kreis-meister und wird am 18. Oktober gegen den Kreis-meister des 5. Kreises zum Endkampf um die Bun-desmeisterschaft antreten müssen. 33.

Wiener Arbeiterfußball. Liga: Gaswerk 2:1. Zeit gegen Heister 4:2 (3:2), Red Star gegen Postgewerkschaft 4:2 (1:2), U-Berl gegen Rudolfs-bügel 3:1 (1:0), Feuerwehr gegen Floridsdorfer SC 6:3 (3:1), Phönix Schmechel gegen Nord-Wien 3:2 (3:1), Kimmansdorf-Reiding gegen Uettra 4:0 (4:0). — Erste Klasse: Gruppe Nord: Technische Union gegen Humanitas-Hilfery 2:2 (1:0), Donaufeld gegen Kaffermühlner AC 6:1 (3:0), U-Bahn Simmering gegen Neutral 3:1 (0:1), SpV. AC gegen Auto 3:1 (0:1). Landstracher Sportfreunde gegen U-Bahn Favoriten 4:3 (2:1), Phönix gegen Columbia 1:1 (0:1); Gruppe Süd: Danau gegen KSC Brigittenau 1:1 (1:0), Hohlhub gegen KSC Simmering 1:1 (1:0), Rudolfs gegen Germania 3:1 (2:0). Zentr-alverein gegen Olympia 7:2 (4:2), Union gegen Neukettendof 1:1 (1:0), Helfen gegen Rekord At-let 3:1 (1:1) abgebrochen.

50 Kilometer-Mannschaftsfahren der österreichi-schen Arbeiter-Radsfahrer. Der Verband der Arbeiter-Radsfahrer (Arb) fuhr am Sonntag auf der Strecke Inzersdorf-Translirchen und zurück die Bundes-meisterschaft im Mannschaftsfahren über 50 Kilo-meter aus. Sieger wurde die Mannschaft von Karl Marx Wien in 1:25:26 Std. von Straßenbahn 1 Wien in 1:25:48 Std.

Bürgerlicher Sport.

In der Profi-Reiserschaft wurden am Sonn-tag in der 1. Liga weitere Spiele ausgetragen. Die Prager Sparta hatte harte Arbeit mit Oedie Karlin, um beide Punkte ins Troden zu bringen und gewann nur 1:0 (0:0). Slavia (ehing Viktoria 2127) 3:2 (2:1), obwohl Viktoria die bessere Elf stellte. In Pilsen konn-ten Bohemians (Prag) gegen Viktoria nur einen Punkt retten; das Treffen endete 3:3 (2:2) und in Raasd wurde SK. Kladsno vom SK 2:5 (1:1) geschlagen.

DSC. Prag besiegte am Samstag in Dres-den mit 4:2 den dortigen Sportklub und remis-ierte am Sonntag in Saaz mit DSB 1:1.

Oesterreich gegen Deutschland 3:0 (2:0). Im Wiener Stadion fand am Sonntag dieses Länd-er-spiel statt, das für die Deutschen neuerdings mit einer härteren und verdienten Niederlage endete, ab-wohl die Oesterreicher auch nicht gerade hervor-ragendes leisteten. Die deutsche Elf war trotz all ihren Kanonen wie Hoffmann (Dresden), Ruggard usw. ein glatter Verfolger.

Ergebnisse der Spiele. Kladsno: Tep-licher SK. Profi gegen Sparta 1:3 (1:1). — Kuffig: Rapid Prag gegen TSK 6:2 (4:1). — Karlsbad: KSR. gegen Sparta 4:0. — Prah-nitz: Slavia Wien gegen SK 3:0 (2:0). — Prahburg: Wien gegen Brkburg 4:2 (2:1). — Budapest: Ujpest gegen Káspál 6:1. Hun-garia gegen Billa 5:0, Ferencvaros gegen Budaf XI 7:1. — Agram: Wien gegen Agram 1:1.

